

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E

7

Frankfurt, Juli 1971

Einzelpreis 1,— DM

XI. Jahrgang

Mit Beginn auch der parlamentarischen Sommerferien pflegt man in diesen Tagen landauf-landab die „Halbzeit“-Bilanz der SPD/FDP-Regierungskoalition zu ziehen. Zwei von vier Arbeitsjahren des Bundestages in der laufenden Legislaturperiode sind um. Inmitten einer beispiellosen Preissteigerungswelle und massierten Drucks von Bundesregierung und Unternehmern auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik tragen sich vor allem die Gewerkschafter, ob die in eine sozialdemokratische Regierungsführung gesetzten Erwartungen gerechtfertigt waren. Sozialdemokratische Minister und Parteiführer verweisen auf eine umfangreiche Liste von Versprechungen und guten Vorsätzen als Resultat „erfolgreicher“ Politik. Manche Gewerkschaftsfunktionäre stehen ihnen nicht nach. Toll treibt es die CDU/CSU, deren Fortschrittsgetriebe und hemmungslose Demagogie bei der Kritik an der Regierungspolitik kaum zu überbieten ist.

Für den DGB und seine Gewerkschaften gibt es indessen nur diesen Maßstab: die in der „DGB-Erklärung an die neue Bundesregierung“ am 22. Oktober 1969 zum Ausdruck gebrachten Forderungen und Erwartungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Geht man davon aus, daß die Gewerkschaften seit Bestehen der Bundesrepublik selbst unter den reaktionären CDU/CSU-Regimes von Adenauer bis Kiesinger Erfolge erkämpfen konnten, so ist die Abschaffung des Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung und die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre als einzige nennenswerte Veränderungen seit Regierungsübernahme durch die SPD ein ziemlich dürftiges Resultat. Die wesentlichen Forderungen des DGB

sind überhaupt nicht oder gar — wie das Betriebsverfassungsgesetz — in negativer Weise angepackt worden: Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen; echte vermögenspolitische Maßnahmen für die abhängig Beschäftigten und keine Beschränkung auf Sparförderung; Verkürzung der Wehrdienstzeit; Ausdehnung demokratischer Rechte und Verbot der NPD; Stabilisierung des Preisniveaus; Wiederanhebung der Kilometerpauschale und Verdreifachung des Arbeitnehmerfreibetrages; Sicherung der Beteiligungsfreiheit der Gewerkschaften und der Tarifautonomie; demokratische Bildungsreform, gesetzlicher Anspruch auf Bildungsurlaub; aktive Förderung einer international kontrollierten Abrüstung — um nur einige der wichtigsten zu nennen.

Nichts in dieser Richtung ist geschehen. Nie war die Tarifautonomie durch konzertierte Aktionen, Lohnleitlinien und andere staatliche Einmischungsversuche so bedroht wie jetzt. Die Rüstungslasten steigen weiter, und auch das außenpolitische Paradeferd, die „neue Ostpolitik“, ist in eine Sackgasse galoppiert. Nachdem der neue ostpolitische Wortschwall vorbei ist, der eine Weile Eindruck machte, und die Verträge von Moskau und Warschau durch Ratifizierung in Kraft gesetzt werden sollen, schimmert gerade in dieser Frage die Fortsetzung der anmaßenden CDU/CSU-Politik hindurch. — Die Halbzeit-Bilanz aus dem Blickwinkel des Gewerkschafters ist negativ. Sie zeigt vor allem, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Regierung der Arbeiterschaft nichts in den Schoß legt und nur zu leicht dem Druck von rechts nachgibt. Die Gewerkschaften müssen, wie immer schon, jeden Fortschritt durch entschlossene Aktionen, durch Druck auf die Regierung erzwingen. sr

Aus dem Inhalt:

Streikwelle bei Chemie Unzureichendes Ergebnis stößt auf Kritik	2
Metall-Tarifrunde rückt näher	4
Aktionäre machen Kasse	5
Müllarbeiterstreik in Frankfurt	6
Konflikt in der Kautschukbranche	6
Schlichtung — ein Hemmnis Über die Funktion von Schlichtungsabkommen	7
Hartes Ringen um den Anteil Gewerkschaften im Kampf gegen Bonner Lohnreglementierung	8
„Probleme wie vor 100 Jahren“ Von der 7. Bundes- frauenkonferenz des DGB	10
Arbeiter und Angestellte ... 7. Angestelltenkonferenz der IG Metall	11
Sozialistischer Kurs bestätigt Bericht vom VIII. Parteitag der SED	12—14
Bremst der DGB? Bedenkliche Töne zum BetrVG-Entwurf	15
„Die Probe auf's Exempel“ Gewerkschaftsredakteur Stotz greift zur Demagogie	15
Zahlen soll doch der kleine Mann ... Eine Steuerreform im Interesse des Großkapitals	16
Kapitalexport und Arbeitsmarkt „Investitionslust“ der Mono- pole drängt ins Ausland	17
Europatümelei	18
IBFG-Wirtschaftskonferenz Unternehmerargumente von Gewerkschaftsvertretern	18
Buchbesprechung Noch eine Anti-DGB-Attacke	19
Unfallversicherung ausbauen	20

Streikwelle bei Chemie

Unzureichendes Ergebnis stößt auf starke Kritik Kampferfahrungen für andere Gewerkschaften auswerten

In den letzten Wochen standen 400 000 Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie der Tarifbezirke Nordrhein, Hessen, Westfalen und Hamburg im Lohnkampf. Ein Großteil von ihnen beteiligte sich an Schwerpunkt- und Warnstreiks sowie anderen Kampfmaßnahmen gegen die Chemieunternehmen. Allein am 29. Juni befanden sich rund 50 000 Arbeiter und Angestellte in Vollstreiks. Sie kämpften für rund 12 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung (in Hessen 120 DM für alle), ein 13. Monatsgehalt und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. Der bei Redaktionsschluß durch ein Vermittlungsgespräch der Bundesregierung am 3. Juli ausgehandelte Kompromiß von 7,8 Prozent Tarifierhöhung entspricht weder den Forderungen noch der vorhandenen Kampfbereitschaft.

Der Hauptvorstand der IG Chemie und die Mehrheit der bezirklichen Tarifkommissionen sind dem konzentrierten Druck der Chemiemonopole und der Bundesregierung gewichen. Insbesondere die im Arbeitskampf stehenden Arbeiter und Angestellten vertreten die Auffassung, bei Fortsetzung und Ausweitung der Arbeitsniederlegungen wäre es durchaus möglich gewesen, die Forderung voll durchzusetzen.

Jetzt wird es notwendig sein, den Chemiearbeiterkampf, der trotz des unzureichenden Ergebnisses zu den bedeutungsvollsten der Nachkriegszeit zählt, gründlich zu analysieren sowie die positiven und negativen Erfahrungen für künftige Lohnbewegungen in dieser und anderen Gewerkschaften auszuwerten.

Nach dem negativen Landesschiedungsergebnis im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz von 6,5 Prozent Lohnerhöhung (vgl. NACHRICHTEN 6/71, S. 3) war aufgrund der provokativen Haltung der Chemieunternehmen die Bundesschiedung für die Bezirke Nordrhein am 2. 6., für Hessen am 14. 6., für Hamburg am 22. 6. und für Westfalen am 24. 6. gescheitert. In all diesen Bezirken trat damit der „aktive tariflose Zustand“ in Kraft, und zugleich rief der Hauptvorstand zu Kampfmaßnahmen auf. Der eingeleitete Arbeitskampf reichte von der Arbeit nach Vorschrift, Sitzstreiks, Unterbrechungen der Arbeit in einzelnen Abteilungen, mehrstündigen Arbeitsniederlegungen, Verlängerungen der Pausen, verspätetem Arbeitsbeginn, Bummelstreiks, befristeten Warnstreiks bis zu Vollstreiks ganzer Betriebe.

Aufgrund der Satzung der IG Chemie konnten diese Kampfmaßnahmen ohne vorherige Urabstimmung der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder ergriffen werden. Diese Taktik war notwendig geworden, weil die Chemiemonopole sich schon lange vor Kündigung der Tarifverträge auf einen Flächenstreik nach Urabstimmungen vorbereitet hatten, und es

zum Beispiel durch Anlegung von Vorratslagern auf eine Machtprobe ankommen lassen wollten. Die Taktik der IG Chemie — die vereinigte Front der Unternehmer dort anzugreifen, wo sie es am wenigsten erwarteten und wenig Zeit für Abwehrmaßnahmen blieb, hat sich durchaus bewährt. Nach einer unvollständigen Übersicht traten die Arbeiter und Angestellten von mehr als 45 Betrieben, darunter solchen Chemie-giganten wie die IG Farbenachfolger Farbwerke Hoechst und Bayer-Leverkusen, VEBA-Chemie Gelsenkirchen, Marl Hüls, Degussa Frankfurt, Norddeutsche Affinerie Hamburg in Schwerpunkt- und Warnstreiks. Allein im Tarifbezirk Westfalen stand Ende Juni jeder vierte Beschäftigte im Streik.

Polizei gegen Streikende

Den streikungewohnten Chemieunternehmen bereitete der Arbeitskampf geradezu einen Schock. In fast allen betroffenen Betrieben wurde in der Nachkriegszeit erstmals gestreikt, in manchen, z. B. bei Degussa in Frankfurt war seit 50 Jahren nicht mehr gestreikt worden. Um die Streikfront zu schwächen und die kämpfenden Arbeiter einzuschüchtern, haben die Unternehmer gemeinsam mit der Klassenjustiz und dem Staatsapparat die vielfältigsten Methoden angewandt.

Mehrfach wurden die Arbeitsgerichte angerufen, welche die Streiks für illegal erklärten sollten, weil sie ohne vorherige Urabstimmung erfolgten. Gleichzeitig stellten die Unternehmer Schadenersatzansprüche für die ausgefallenen Profite. Wenn sich auch kein Gericht fand, das diese Streiks für illegal erklärte, so hagelte es jedoch einstweilige Verfügungen, die die Gewerkschaften verpflichteten, Streikbrecher und Transportfahrzeuge der Unternehmer ungehindert passieren zu lassen. Fast überall war dann auch die Staatsgewalt mit starken Polizeikräften zur Stelle, um mit Hilfe des Gummiknüppels die Auflagen

der Arbeitsgerichte brutal durchzusetzen. Es hat in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik kaum einen von der Gewerkschaft geführten Arbeitskampf gegeben, wo vor den Betrieben so viel Polizei zum Einsatz kam und wo das Zusammenwirken von Unternehmern, Justiz und Staatsapparat zugunsten der Profite so unmittelbar sichtbar wurde.

Eine andere Methode war die Einschüchterung der streikenden „lieben Mitarbeiter“. Unterstützt vom Fernsehen, Springers „Bild“ und anderen bürgerlichen Zeitungen ergingen von den Unternehmern an die Belegschaften zahlreiche Briefe, Verlautbarungen und Pamphlete, in denen die Streiks als ungesetzlich diffamiert wurden. Den Streikenden wurde gedroht, daß sie den Arbeitsplatz bzw. die ausländischen Arbeiter die Aufenthaltserlaubnis, die Werkswohnung oder den werkseigenen Kindergartenplatz verlieren würden.

Kasernen für Streikbrecher

Die relativ wenigen Streikbrecher — bei Degussa Werk II in Frankfurt/Main waren es 32 von 700 — erhielten teilweise einen zusätzlichen Judaslohn von 50 DM bzw. 100 DM täglich. In einigen bestreikten Betrieben wurde das sonst so strikt eingehaltene Alkoholverbot von den Unternehmern aufgehoben. Andere Konzernbetriebe ließen Feldbetten in den Betrieben aufstellen, z. B. bei den Farbwerken in Höchst und verwandelten ihre Betriebe in Kasernen für die Streikbrecher. Wieder andere Unternehmen errichteten zahlreiche neue Werkseingänge, um Streikbrecher unbeobachtet in den Betrieb zu schleusen.

Überall entfalteten die Unternehmer eine Agitation für die gewerkschaftliche Urabstimmung. Diese gleiche Forderung erhoben auch einige ultralinke Gruppchen maoistischen und trotzkistischer Prägung. Vertreter der Chemiemonopole und ultralinke Kreise standen faktisch in einer Front gegen die gewerkschaftliche Taktik des Lohnkampfes.

Solidarität

Alle diese Machenschaften der Chemieunternehmen haben nicht vermocht, die einheitliche Streikfront zu brechen. Das gemeinsame Handeln der Arbeiter und vieler Angestellten, von Kommunisten und Sozialdemokraten war bei diesem Arbeitskampf besonders stark ausgeprägt. Es entwickelte sich eine wachsende Kampfbereitschaft und in starkem Umfange beteiligten sich auch die Lehrlinge an dem Streik. Gleichzeitig gab es viele Beweise der Solidarität. Die IG Metall, die OTV, die Gewerkschaft Erziehung und Wis-

senschaft, viele örtliche DGB-Vorstände, internationale Gewerkschaftsorganisationen, eine Gruppe von Ärzten und Krankenschwestern, die Vorstände der DKP auf allen Ebenen erklärten ihre ideale und materielle Solidarität. Vor einigen Betrieben spendeten Hausfrauen den Streikposten Kaffee.

Ein Zeichen für das im Kampf gewachsene Bewußtsein waren zahlreiche Neuaufnahmen für die Gewerkschaft. Allein bei dem bekannten Arzneimittelkonzern Merck in Darmstadt konnten während des Streiks 800 neue Mitglieder in die IG Chemie aufgenommen und die Organisationsquote dieses Betriebes um mehr als 10 Prozent erhöht werden. Viele der kämpfenden Arbeiter und Angestellten erkannten: Hier handelte es sich nicht nur um einen ökonomischen Kampf, sondern die Chemieunternehmer streben mit aktiver Unterstützung des Staates eine politische Machtprobe gegen die Gewerkschaften an.

Kritik am Hauptvorstand

Die Streikwelle verfehlte nicht ihre Wirkung auf die Unternehmer. Kleinere Betriebe, wie z. B. Schmidt und Ziegler in Darmstadt, schlossen mit der IG Chemie Haustarife ab und erfüllten weitgehend die gewerkschaftlichen Forderungen. Andere — mittlere — Unternehmen waren ebenfalls bereit, den Forderungen zu entsprechen, fürchteten aber Repressalien der großen Chemie Giganten, die bei wesentlich höheren Profiten viel leichter hätten zahlen können. Diese haben jedoch einen Profitausfall, bzw. Schmiergelder an Streikbrecher in Kauf genommen, die höher waren als die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen gekostet hätte.

In der Situation einer wachsenden Kampfbereitschaft, wo die Front der Unternehmer bereits ins Wanken geriet, schaltete sich das Bundeskanzleramt zugunsten der Chemiekonzerne in den Tarifkonflikt ein. Nach einer bereits gescheiterten politischen Schlichtung des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Figgen, am 29. 6., lud Kanzleramtsminister Ehmke am 2. Juli den Hauptvorstand der IG Chemie und den Arbeitsring der chemischen Industrie nach Bonn zu einem „Vermittlungsgespräch“ ein.

Die bis zum 3. Juli andauernde politische Schlichtung unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundessozialgerichts, Prof. Georg Wannagat, endete mit einem für die Gewerkschaft negativem Kompromiß. Danach werden rückwirkend zum 1. Juni die Löhne und Gehälter um 7,8 Prozent erhöht. Für die Monate April und Mai soll ein einmaliger Pauschalbetrag in Höhe von 60 DM gezahlt werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt ein Jahr. Ferner wurde für die Be-

zirke Nordrhein, Hessen und Niedersachsen die stufenweise Einführung eines 13. Monateinkommens vereinbart, das — 1971 beginnend — 1974 voll realisiert sein soll.

Während der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild diesen negativen Kompromiß als einen „noch tragbaren Erfolg“ hinzustellen versuchte, waren die betroffenen Arbeiter und Angestellten, insbesondere die Streikenden, anderer Auffassung. Die Vertrauensleutekörper der bestreikten Firmen haben dieses Ergebnis, verbunden mit einer harten Kritik am Hauptvorstand, rundweg abgelehnt. Allerdings fand sich in den Tarifkommissionen Hessen, Nordrhein und Westfalen eine knappe Mehrheit für den Kompromiß, dagegen war er in Hamburg, Schleswig-Holstein und Westberlin abgelehnt worden.

Trotz der Bedenken der übergroßen Mehrheit der 660 000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie hat sich der Hauptvorstand der IG Chemie einfach darüber hinweggesetzt und dem Kompromiß am 4. Juli seine endgültige Zustimmung gegeben. Offensichtlich sind der Hauptvorstand und die Mehrheit der Mitglieder der Tarifkommission einem massiven Druck von Chemiemonopolen und Bundesregierung auf Kosten der Mitgliederinteressen gewichen.

Aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der SPD-Führung und insbesondere der (Profit-)Stabilitätspolitik des Wirtschafts- und Finanzministers

Schiller hat die Führung der IG Chemie einem Ergebnis zugestimmt, das den Beschäftigten im günstigsten Falle einen Ausgleich für die seit der letzten Lohnerhöhung eingetretenen Preissteigerungen bringt. Von einer aktiven Lohnpolitik kann vom Ergebnis her keine Rede sein; die gewerkschaftliche Zielprojektion wurde nicht verwirklicht. Für die Chemiemonopole schlägt dieser Abschluß in weiter steigenden Profiten zu Buche.

Gewerkschaft stärken

Während die bei dieser Lohnbewegung gewachsene Kampfkraft, die in den Betrieben sichtbar gewordene Gemeinsamkeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, für alle anderen Gewerkschaften beispielhaft war, kann dagegen das unzureichende Ergebnis für die kommenden Lohnauseinandersetzungen, insbesondere der IG Metall, keinesfalls als Maßstab angesehen werden. Falsch wäre es jedoch, angesichts des negativen Ergebnisses eine antigewerkschaftliche Stimmung aufkommen zu lassen bzw. gar den Gewerkschaften den Rücken zu kehren. Vielmehr kommt es gerade in dieser Situation darauf an, die Gewerkschaften zu stärken, das im Kampf gewachsene Bewußtsein weiterzuentwickeln und die Vertrauensleutekörper auszubauen, damit es künftig einer Gewerkschaftsführung nicht mehr möglich ist, solche Kompromisse abzuschließen.

Werner Petschick

Wertvorstellungen

Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat am 27. Juni 1971 den Vorsitzenden der Lehrer-Gewerkschaft, Erich Frister, geschulmeister. In einem Brief an den GEW-Vorsitzenden kritisiert Schmidt, daß eine steigende Zahl von Wehrpflichtigen, darunter besonders solche mit höherer Schulbildung, den Wehrdienst verweigert. In diesem Jahr werden rund 40 000 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erwartet. Das ist die bislang höchste Zahl.

Schmidt führt das wesentlich darauf zurück, daß an den Schulen die staatsbürgerliche Bildung unzureichend sei. Den Schülern werde nicht genügend „Wissen um diesen Staat“ beigebracht. Sie würden ungenügend über die „Verfassungs- und Lebensordnung“ der Bundesrepublik informiert, weshalb nicht die richtigen „Wertvorstellungen“ erwachsen könnten und die „Verteidigungsbedürftigkeit“ unserer Ordnung nicht erkannt werde. Bisher hätten alle Wehrbeauftragten des Bundestages „Lücken in der staats-

bürgerlichen Bildung“ der Bundeswehrangehörigen vermerkt. Das müsse anders werden.

Wer Helmut Schmidt kennt, der sich doch so nahtlos an seine Vorgänger von Hassel, Schröder und Strauß anfügt, fragt sich, was denn ausgerechnet und plötzlich diesen Verteidigungsminister bewegt, den Bestand der Bundeswehr aufs Spiel zu setzen. Sind es doch gerade die „Lücken in der staatsbürgerlichen Bildung“, die bisher für den Nachwuchs sorgten.

Man stelle sich vor, daß die Lehrer die Kritik ernst nehmen und beginnen, in diesem Fach die Wahrheit zu lehren: Wirtschaft und Gesellschaft werden von den Industrie- und Bankmonopolen beherrscht; im Mittelpunkt ihres Strebens steht der Profit und nicht der Mensch; für Riesenprofite inszeniert das Kapital sogar Kriege; Monopolherren sind überflüssig; erst wenn die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt sind, herrscht eine gerechte Ordnung... usw. Wesen „Wertvorstellungen“ würden dann noch auf eine „Verteidigungsbedürftigkeit“ des Kapitals hinauslaufen?

okulus

Metall-Tarifrunde rückt näher

**Die ersten Forderungen lauten auf 14 bis 15 Prozent
Mitglieder müssen in die Bewegung einbezogen werden**

Beide Seiten in der Metallindustrie der Bundesrepublik — die Industriegewerkschaft Metall und der Unternehmerverband „Gesamtmittel“ — haben bereits mit der Vorbereitung der Lohnbewegung im Herbst dieses Jahres (die Tarifverträge sind zum 30. September kündbar) begonnen. Angesichts der enormen Preissteigerungen und der nach wie vor überhöhten Profitspannen in weiten Bereichen der Metallindustrie haben Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper in einigen Metallbetrieben die Forderung der Metallarbeiter fixiert: 14 bis 15 Prozent Lohn- und Gehaltssteigerung. Dagegen treffen die Metallindustriellen alle Vorbereitungen, ihrerseits für einen „heißen Herbst“ zu sorgen.

In den letzten Wochen, bevor die Urlaubswelle richtig einsetzte und unabhängig davon, haben in zahlreichen Betrieben der metallverarbeitenden Industrie die gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper damit begonnen, die Lohn- und Gehaltserwartungen der Arbeiter und Angestellten zu sondieren. Im Ergebnis dieser Diskussion haben mehrere Vertrauensleutegremien ihre diesbezüglichen Beschlüsse gefaßt und dem Ortsverband der IG Metall bzw. der Großen Tarifkommission die Forderungen mitgeteilt. So forderten Betriebsrat und Vertrauensleutekörper der IG Metall bei Kugelmüller in Nürnberg Lohn- und Gehaltserhöhungen um 14 Prozent. Der Vertrauensleutekörper eines AEG-Betriebes in Württemberg setzte die Forderung auf 15 Prozent fest. Mit derselben Zielstellung diskutierten u. a. auch die Vertrauensleute bei MAN in Hamburg ihre Forderung.

Die Gewerkschafter in den Betrieben gehen davon aus, daß die Leistungen der Arbeiter und Angestellten seit Abschluß des letzten Tarifvertrages im Herbst 1970 wieder spürbar gesteigert wurden, bei gleichzeitiger erheblicher Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Da der DGB in seiner Zielvorstellung vom Oktober vorigen Jahres, bei Zugrundelegung eines Preisanstiegs von 2 Prozent, die Anhebung der Nettoeinkommen um 10,4 Prozent für notwendig erklärte, um schrittweise den Gewinnvorsprung der Unternehmer auszugleichen, ist die Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 Prozent angesichts des Anstiegs der Lebenshaltungskosten um mindestens 5 Prozent völlig gerechtfertigt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich an die Richtlinien zu halten, die der Vorstand der IG Metall in einer Klausurtagung im Januar in Hundsbach für die Tarifbewegung 1971 beschloß:

■ Fortsetzung der aktiven Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur weiteren Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt;

■ Ablehnung von Lohnleitlinien;

■ Vereinbarung von mehr Gehaltsgruppen, Neugestaltung der Gehalts- und Lohnlexte, Anhebung der unteren Lohngruppen, neue und erweiterte Tarifbestimmungen zur Prämienentlohnung;

■ Fortsetzung der Bemühungen um die Vereinbarung von Öffnungsklauseln, die den Abschluß von Zusatztarifverträgen ermöglichen, insbesondere für Unternehmen, die Produktionsstätten in mehreren Tarifgebieten haben.

Während in der Mitgliedschaft der IG Metall und in den Betrieben die Aktivität dahin geht, diese tarifpolitischen Vorstellungen zu realisieren, sind offenbar im Vorstand der IG Metall Bestrebungen im Gange, für die Lohnbewegung im Herbst sogenannte „stabilitätskonforme“ Ziele zu setzen. Darunter verstehen Bundesregierung und Unternehmer die Einhaltung der Bonner Lohnleitlinie von etwa 7 Prozent. Otto Brenner hat in letzter Zeit in mehreren Interviews, Artikeln und Reden nicht mehr von aktiver Tarifpolitik gesprochen, andererseits aber ein Stillhalteabkommen abgelehnt. Gleichzeitig spricht Brenner davon, so zuletzt auf der Angestelltenkonferenz (siehe auch „Angestellte und Arbeiter...“, Seite 11), daß es „selbstverständlich im Interesse aller läge, die Stabilitätspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“.

Kernstück der Bonner „Stabilitätspolitik“ ist aber, das muß in diesem Zusammenhang dick unterstrichen werden, der Druck auf die Löhne und Gehälter, ihre Begrenzung auf das Bonner Orientierungsdatum. Diese Zielsetzung entspricht der gemeinsamen Diffamierungsthese von Regierung und Unternehmerverbänden, daß die Löhne und Gehälter wesentlich am Preisanstieg schuld sind. Otto Brenner gab auf der Angestelltenkonferenz dieser These, statt sie energisch zurückzuweisen, neuen Nährboden, indem er sagte, die Gewerkschaften seien bereit, ihren Beitrag zu leisten, die Preissteigerungen auf ein vertretbares Maß herunterzudrücken.

Alle Bestrebungen, der Regierung im „Kampf“ gegen die Preissteigerungen durch Verzicht auf durchaus mögliche Lohn- und Gehaltserhöhungen zum Erfolg zu verhelfen, müssen von den Metallarbeitern durchkreuzt werden. Am wirksamsten ist dagegen die Entwicklung der Aktivität von unten, in den Verwaltungsstellen und Betrieben. Es geht außerdem darum, sicherzustellen, daß die Gewerkschaftsmitglieder in jeder Phase der Tarifbewegung beteiligt und wesentliche Träger der Bewegung sind. Infolge der beiden Konzeptionen — in den Betrieben: zweistellige Lohnerhöhung, im IGM-Vorstand: regierungskonformes Verhalten — besteht ein verstärkter Trend zu Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und Spitzengesprächen.

Bei Gesamtmittel werden die Fäden bereits in diese Richtung gesponnen. Die Überlegungen gehen dahin, die Tarifzuständigkeit von den regionalen Unternehmerverbänden der Metallindustrie zu Gesamtmittel zu delegieren, notfalls durch Umstrukturierung der gesamten Unternehmerorganisation. Dadurch werde, so heißt es in einem kürzlich veröffentlichten Memorandum der Metallindustriellen, ein Maximum an tarifpolitischer Koordinierung erreicht. Auf diese Weise wollen die Unternehmer verhindern, daß die IG Metall mit ihrer Taktik des bezirklichen Kampfes die schwächste Stelle der Unternehmerfront ausfindig macht und durchstößt.

Auf der Mitgliederversammlung von Gesamtmittel am 24. Juni in Hamburg erklärte der Vorsitzende, van Hüllen, die Unternehmer würden in der diesjährigen Tarifbewegung alle Möglichkeiten zu solidarischem Vorgehen ausschöpfen. Die entsprechenden Beschlüsse seien gefaßt worden. Gleichzeitig ließ van Hüllen keinen Zweifel an der Konzeption von Gesamtmittel, die Lohn- und Gehaltsabschlüsse so niedrig wie möglich zu halten. Und er drohte den Metallarbeitern mit der Machtfülle der privatkapitalistischen Produktionsmittelbesitzer: Alle Beteiligten am Lohnkampf sollten jetzt wissen, daß die Tarifbewegung im Herbst über die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Metallindustrie entscheiden werde.

Die nahezu 4 Millionen Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie sind in jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit dem Kapital derartige Drohungen und Wehklagen gewöhnt und werden sie entsprechend zu beantworten wissen: mit der Zurückweisung von allen Versuchen, sie auf staatlich verordnete Orientierungsziffern festzulegen, und mit organisiertem Kampf für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen. Die Beschäftigten in der chemischen Industrie exerzieren gerade durch, wie man das macht.

G. Siebert

Aktionäre machen Kasse

Während die Unternehmerverbände und ihre Meinungsmedien als Begleitmusik zu den Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten die Ertragslage der Unternehmen schwarz in schwarz malen, sieht die Sache in den Geschäftsberichten und Aktionärsversammlungen meistens ganz anders aus. Wer einen Blick in die Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Tagespresse wirft, wo den Aktionären exakt über deren Gewinnansprüche und die weiteren Erwartungen berichtet wird, durchschaut sehr bald das doppelzüngige Propagandaspiel der Sachwalter des Kapitals. Die jetzt in den Aktionärs-Hauptversammlungen (HV) vorgelegten Geschäftsberichte für 1970 verweisen überwiegend auf „strahlende Bilanzen“. Einige Beispiele:

Die Daimler-Benz AG, deren HV am 29. Juli stattfindet, bietet den Aktionären eine um 1,5 auf 18,5 Prozent erhöhte Dividende. Das hindert den Daimler-Bos und Unternehmerfunktionär Hans-Martin Schleyer nicht, im Verein mit den übrigen Metallindustriellen hinsichtlich der bevorstehenden Lohnrunde in der Metallindustrie von Gefährdung der Arbeitsplätze durch Lohnforderungen zu reden. Daimler-Benz hat die Dividendensumme von 129,2 auf 140,6 Millionen DM gesteigert und im abgelaufenen Jahr den Umsatz im Gesamtkonzern um 21,7 bzw. in der AG sogar um 23,1 Prozent gesteigert! Ausdrücklich betont der Daimler-Vorstand, daß sich Produktion und Absatz des Gesamtunternehmens in den ersten vier Monaten dieses Jahres weiter erhöht haben.

Klückner-Humboldt-Deutz zahlt den Aktionären für das Rumpfgeschäftsjahr 1970 (sechs Monate) eine Dividende von 8 Prozent, das sind auf Jahresbasis unverändert 16 Prozent. Daneben wird eine Kapitalerhöhung von 135 auf 180 Millionen DM durchgeführt, die den Aktionären weitere Erträge in Form von Gratisaktien bzw. Bezugsrechten bringt. Man kann bei KHD so großzügig verfahren, weil die sechs Monate des Berichtszeitraumes es „in sich“ haben: sie brachten die sagenhafte Umsatzsteigerung von 24 Prozent. Diese Entwicklung geht gegenwärtig weiter.

Ein anderer Metallbetrieb: Die Maihak AG, Hamburg, Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik, nimmt neben einer Dividendenzahlung von 15 Prozent aufgrund der ungewöhnlich guten Geschäftslage und Expansion die erste Kapitalaufstockung seit 1938 vor. Die Aktionäre erhalten auf je zehn alte Aktien drei neue zum Ausgabekurs von 2500 DM (Nennwert 1000 DM). Maihak wird aber mit 9000 DM an der Börse bewertet.

Die HV des Bauunternehmens Hochtief AG findet am 20. Juli statt. Auch in dieser Branche geraten die Gewinne aus den Fugen. Die Aktionäre erhalten wieder eine Dividende von 18 Prozent. Die Bauleistung der Gesellschaft ist 1970 um 28 Prozent gestiegen, im Inland sogar um 35 Prozent. Dabei hat sich die Zahl der Beschäf-

tigten nur um gut 8 Prozent von 17400 auf 18900 erhöht. Das verdeutlicht die enorme Umsatzsteigerung pro Kopf der Belegschaft. Neben einer Erhöhung der Rücklagen um 25 Prozent hat die Hochtief auch die Investitionen um über 25 Prozent gesteigert.

Auch aus anderen Branchen werden den Aktionären freundliche Zahlen serviert, während gleichzeitig die für die Öffentlichkeit bestimmten „Ausblicke“ düster gehalten sind. Es ist — wie in den vergangenen Jahren

schon oft genug — später dann immer noch Zeit, über eine abermalige Gewinnexplosion „überrascht“ zu sein. So konnte zum Beispiel die Siemens AG in ihrem Geschäftsbericht für 1970 Nettogewinnsteigerungen von über 60 Prozent ausweisen. Bei der Gutehoffnungshütte betrug der Steigerungssatz 22 Prozent, bei Hoesch AG 21 Prozent, den Olympia-Werken 33 Prozent und Dunlop 28 Prozent.

Die Beispiele für Gewinnsteigerungen, Dividendenausschüttungen, Umsatznahmen und Investitionsraten, die weit über die Lohn- und Gehaltserhöhungen des abgelaufenen Jahres hinausgehen und oft ein Vielfaches davon ausmachen, könnten nahezu endlos fortgeführt werden. Sie zeigen alle dies: je stärker die Industriebosse klagen, desto größer sind die Profite und Profiterwartungen. Die Arbeiter und Angestellten müssen in der laufenden und kommenden Lohnbewegung dieses Jahres nicht nur um ihren Anteil an der weiteren Produktionssteigerung kämpfen, es geht auch noch darum, die Profitexplosion von 1970 zugunsten der abhängig Beschäftigten zu korrigieren. -ie-

Bekleidungsindustrie gab nach

Unter dem Druck einer wochenlangen Streikbewegung haben in der zweiten Juni-Hälfte auch die besonders sturen Unternehmer der Bekleidungsindustrie im Tarifbezirk Nordrhein zurückstecken müssen. Nachdem die Tarifbewegung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in dieser Branche in den übrigen Bezirken schon früher abgeschlossen werden konnte, gaben sich die nordrheinischen Bekleidungsfabrikanten besonders hartnäckig. Das führte zu Streiks von Tausenden Bekleidungsarbeiterinnen und wie in Mönchengladbach, dem Zentrum der Bekleidungsindustrie Nordrhein, zu öffentlichen Protestdemonstrationen.

Nachdem angesichts dieser Bewegung ein Betrieb nach dem anderen aus der Unternehmerfront ausbrach und Haustarife abschloß, bequeme sich auch der regionale Verband der Bekleidungsindustriellen, einen neuen Lohntarifvertrag für die Beschäftigten in Nordrhein abzuschließen: Erhöhung der Löhne um 34 Pfennig die Stunde für Akkordarbeiter, um 45 Pfennig für Stundenlöhner und Fließbandarbeiter und um 48 Pfennig für Handwerker. Außerdem wurde der Jahresurlaub um vier Tage verlängert.

Die Bekleidungsarbeiterinnen haben durch ihren Kampf die lediglich auf Teuerungsanpassung zugeschnittene Lohnstopp-Konzeption von Bundesregierung und Unternehmerverbänden durchkreuzt. Sie gaben auf diese Wei-

se, ebenso wie die streikenden Chemiewerker, allen Arbeitern und Angestellten, die in den nächsten Wochen und Monaten in die Tarifbewegung eintreten, das Beispiel, wie in dieser Phase verschärfte Drucks auf die Gewerkschaften um die Durchsetzung berechtigter Forderungen gekämpft werden muß.

Die Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie waren besonders auch darüber empört, daß die Unternehmer versuchten, sie mit unwahren Behauptungen über eine angeblich schlechte Geschäftslage zu täuschen. Gerade in der nordrheinischen Bekleidungsindustrie liegen die Umsätze laut Angaben des Statistischen Landesamtes pro Beschäftigten doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt der Branche. Von Januar bis April dieses Jahres schnellte der Umsatz um 18,2 Prozent weiter in die Höhe, während die Lohnkosten um 4,2 Prozent zurückgingen.

Im Jahr verdienen die Bekleidungsarbeiter rund 3500 DM weniger, als in der Gesamtindustrie der Bundesrepublik verdient wird. Daß aber gerade die Bekleidungsfabrikanten in Nordrhein am meisten stöhnten, beweist, daß Superprofite maßlos machen. Das gilt auch für andere Wirtschaftsbranchen.

K. K.

Konflikt in Kautschukbranche

Einige zehntausend Kautschukarbeiter (in Niedersachsen sind es 30 000) sind in den Tarifbezirken Hamburg, Niedersachsen und Hessen in eine Bewegung für die Erhöhung der Löhne und Gehälter eingetreten. Die erste Gesprächsrunde zwischen Unternehmerverband und IG Chemie-Papier-Keramik verlief Ende Juni ergebnislos. In Niedersachsen war für den 6. Juli eine neue Verhandlung angesetzt, deren Ausgang bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe nicht vorlag.

Die Beschäftigten der Kautschukindustrie fordern durch ihre Gewerkschaft z. B. in Niedersachsen die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11,5 Prozent sowie eine zusätzliche Anhebung der Lohngruppen I und II, nach denen vorwiegend Frauen entlohnt werden. Die Ausbildungsbeihilfen für Lehrlinge sollen auf Sätze von 350 bis 550 DM im ersten bis vierten Lehrjahr angehoben werden. Bemerkenswert ist auch die Forderung der Tarifkommission, eine Klausel in die Tarifverträge aufzunehmen, „wonach z. B. bei unvorhersehbaren Entwicklungen auch bei ungekündigten Verträgen Verhandlungen über Änderungen oder Ergänzungen stattfinden müssen“. Danach wäre es möglich, bei starken Preissteigerungen während der Laufzeit in Verhandlungen über Teuerungszulagen bzw. Lohn- und Gehaltserhöhungen einzutreten.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat im Zusammenwirken mit ihren Mitgliedern in den Betrieben durch ihre Forderungen klargemacht, daß sie nicht gewillt ist, die Leitlinien des Wirtschafts- und Finanzministers Schiller und der Unternehmer für die gewerkschaftliche Lohnpolitik zu akzeptieren.

Die Kautschukunternehmen haben die Forderungen der Gewerkschaft mit Klagen über die angeblich schlechte Kosten- und Ertragslage der Branche begleitet. So schrieb am 8. Juni 1971 der Kurz-Nachrichten-Dienst der Bundesvereinigung der Unternehmerverbände, nach Berechnungen der Kautschukindustrie hätten sich die Umsätze je Beschäftigten 1970 um 6,5 Prozent erhöht; die Lohn- und Gehaltssumme sei aber um 19,7 Prozent gestiegen.

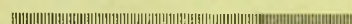
Solche Zahlen sollen den Nachweis der erdrückenden Last der Lohnkosten erbringen. Aber bei einem Lohnkostenanteil von 30 DM je 100 DM Umsatz im Jahre 1969 in der Kautschukindustrie bedeutet eine Steigerung um fast 20 Prozent nur 6 DM. Die um 6 DM erhöhten Personalkosten haben jedoch auf je 100 DM Umsatz eine Steigerung um 6,50 DM gebracht, die über Rationalisierung und Preiserhöhungen hereingeholt wurden und mit Erlössteigerung

gleichzusetzen sind. Geht man der Sache auf den Grund, zeigt sich, daß eine Umsatzsteigerung von „nur“ 6,5 Prozent unterm Strich eine größere Summe hervorbringt als eine

Müllarbeiterstreik in Frankfurt

In der hessischen Metropole haben im vergangenen Monat mehr als 2000 Arbeiter der Stadtreinigung und das 400 Beschäftigte zählende Personal der Städtischen Bühnen neun Tage lang gestreikt. Auch die städtischen Bediensteten der Hafenbetriebe, des Gartenamtes, der Bäder, Museen und Friedhöfe traten in mehrere Warnstreiks bzw. arbeiteten nach Vor-

lohnkostensteigerung von „sogar“ 19,7 Prozent, wobei diese Unternehmerzahlen mit Vorsicht zu genießen sind, sollen sie doch die Arbeiter von der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen abhalten. Bei richtiger Betrachtung erhärten sie jedoch die Gewerkschaftsthese, daß die Unternehmer der Kautschukindustrie zahlen können. —rt



IG Metall: 4. Internationale Automationstagung

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat beschlossen, vom 11. bis 14. April 1972 in der Stadthalle Oberhausen die 4. Internationale Automationstagung durchzuführen, die sich mit Themen aus dem Bereich der Zukunftsforschung befassen soll. Vorgehen sind vier Plenarsitzungen, eine Podiumsdiskussion sowie acht Arbeitsgruppensitzungen, in denen unter Mitwirkung von 38 Referenten, die zu zwei Dritteln aus dem Ausland kommen, folgende Themen behandelt werden sollen: Auswirkung der Technologie, die Umweltgefährdung, Bildungsfragen, Verkehr und Regionalstruktur, Konsumentenschutz, Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, die Zukunft der Gewerkschaften.



schrift. Mehr als 4000 Streikende demonstrierten am 11. Juni zur Paulskirche, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Worum ging es? Angesichts der ständigen Preissteigerungen forderten 17 000 bei der Stadt beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte die gleichen Leistungen, wie sie das Stadtwerkpersonal erhält: monatlich 300 kw kostenfreien Strom und eine Freifahrtkarte der städtischen Verkehrsmittel. Diese Forderungen erhob sowohl der Gesamtpersonalrat der Stadt als auch die Vertrauensleutekonferenz der Gewerkschaft OTV, ob-

wohl sie vorher von einer knappen Mehrheit des Unterbezirksparteitages der SPD abgelehnt worden war. Auch die CDU, die sonst in demagogischer Absicht für sich Stimmung zu machen versucht, stellte sich gegen die Streikenden und forderte den SPD-geführten Magistrat zur Unnachgiebigkeit auf.

Die Aktionen der städtischen Arbeiter reichten jedoch nicht aus, um die Forderungen für alle durchzusetzen. Nach massivem Druck des Magistrats und einem angedrohten Gehaltsabzug für alle Streikenden sowie Anlegung von schwarzen Listen haben der Gesamtpersonalrat und die Mehrheit der OTV-Vertrauensleutekonferenz die Forderungen nach neun Tagen Streik zurückgestellt. Der geschäftsführende Hauptvorstand der OTV, der während des Streiks zu einer Sitzung nach Frankfurt kam, hat bei dieser von vielen OTV-Mitgliedern verurteilten Entscheidung offensichtlich mitgewirkt.

Allerdings mußte sich der Magistrat unter dem Eindruck der Kampfbereitschaft erklären, über Sonderleistungen der einzelnen Gruppen zu verhandeln. Einen ersten Teilerfolg erzielten die Arbeiter der Stadtreinigung und des Fuhrparks, die geschlossen gestreikt hatten. Sie erhalten rückwirkend ab 1. Juni, je nach Beschäftigungsart, Erschwerniszuschläge zwischen monatlich 21,96 DM und 84,18 DM.

Der Kampf der städtischen Bediensteten in Frankfurt vermittelt einige Lehren für die gesamte OTV und auch für andere Gewerkschaften: Der Kampf um berechtigte Forderungen muß gewerkschaftlich gut vorbereitet werden und alle Betroffenen einbeziehen. Dem Magistrat muß künftig noch deutlicher gemacht werden, daß die Finanzmisere der Stadt nicht nach Unternehmermanier auf die städtischen Bediensteten abgewälzt werden darf. Vielmehr sollten die Kommunen von Bonn verlangen, den Rüstungsetz zugunsten sozialer Belange zu kürzen und die Großkonzerne zu Profitausgaben für die Sanierung der Städte heranzuziehen. Nicht zuletzt hat der Frankfurter Streik mitgeholfen, die für das Jahresende im Bereich der OTV bevorstehende Tarifaufeinandersetzung vorzubereiten. pet

Schlichtung - ein Hemmnis

Neue Schlichtungsabkommen sollten nicht mehr abgeschlossen und alte gekündigt werden — Vorteil für Unternehmer

In einigen Tarifbezirken der chemischen Industrie besteht seit dem 1. April 1971 ein tarifloser Zustand. Seit nunmehr einem Vierteljahr läuft die Lohnbewegung. In Tarifbezirken wie Nordrhein und Hessen ist bereits die Bundesschlichtung gescheitert und wurden vielfältige Kampfmaßnahmen eingeleitet. Es ist deshalb nützlich, sich einmal über Wert oder Unwert von Schlichtungsabkommen Gedanken zu machen.

Am 1. Januar 1971 trat in der chemischen Industrie eine neue Schlichtungsregelung in Kraft, die mit einer Frist von 6 Monaten erstmals zum 31. 12. 1975 gekündigt werden kann. Die Schlichtungsregelung sieht vor, daß beim Abschluß von Tarifverträgen ein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden kann. Dazu ist erforderlich, daß eine oder beide Seiten einen Antrag stellen. Das ist jedoch erst möglich, wenn ein Verhandlungspartner ausdrücklich erklärt, daß die Verhandlungen gescheitert sind.

In der Schlichtungsregelung verpflichten sich die beiden Tarifpartner, die IG Chemie-Papier-Keramik und der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie, sich auf die Verhandlungen und das Schlichtungsverfahren einzulassen.

Es wurde vereinbart, acht regionale Schlichtungsstellen einzurichten, die in erster Instanz zuständig sind. Als zweite Instanz wurde eine Bundesschlichtungsstelle in Wiesbaden eingerichtet. Die regionalen Schlichtungsstellen setzen sich aus je zwei Mitgliedern der Unternehmer- und Gewerkschaftsseite zusammen und die Bundesschlichtungsstelle aus je drei Mitgliedern.

Scheitert die Schlichtung in erster Instanz, dann dürfen in der zweiten Instanz keine Mitglieder dabei sein, die in der ersten Instanz tätig waren und unter keinen Umständen Mitglieder oder Vertreter aus den Betrieben und Tarifbezirken, die sich im Lohnkampf befinden. Die Kollegen aus den Betrieben haben dadurch keinen direkten Einfluß mehr.

Werden die Verhandlungen in den Bezirken für gescheitert erklärt und wird ein Antrag auf Schlichtung gestellt, dann muß die Landesschlichtungsstelle innerhalb von 14 Tagen die Schlichtungsverhandlungen aufnehmen. Scheitert die Landesschlichtung und wird ein Antrag gestellt, dann muß spätestens nach weiteren 21 Tagen die Bundesschlichtungsstelle wirksam werden.

An diesen Beispielen ist ersichtlich, wie langwierig und bürokratisch ein solches Schlichtungsverfahren ist. Während dieser ganzen Zeit dürfen weder Urabstimmungen noch Streiks eingeleitet werden. Das ist erst mög-

lich, wenn auch die Bundesschlichtung ohne Erfolg geblieben ist.

Die Arbeiter und Angestellten haben aus einer solchen Schlichtung nicht den geringsten Vorteil. Lohnfragen sind keine Fragen der Überzeugung, sondern der Macht. Die Arbeiter und Angestellten müssen in engster Zusammenarbeit mit ihren Gewerkschaften den Unternehmern einen möglichst großen Teil der von ihnen erwirtschafteten Werte abringen. Das hängt vom jeweiligen Kräfteverhältnis ab.

Je schneller die Gewerkschaften in der Lage sind, die Macht ihrer Organisation in die Waagschale der sozialen Auseinandersetzung zu werfen, je eher die Unternehmer die Kraft der organisierten Arbeiterschaft zu spüren bekommen, desto schneller werden sie bereit sein bzw. gezwungen werden, die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften zu erfüllen.

Die Unternehmer haben genau das entgegengesetzte Interesse. Sie wol-

len unter allen Umständen verhindern, daß die Arbeiter und Angestellten solidarisch handeln. Darum versuchen sie, die Kraft der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen zu schwächen oder gar zu paralisieren. Auf diese Weise wollen sie das Kräfteverhältnis zwischen den Kämpfenden einseitig zu ihren Gunsten verändern. Dazu dient ihnen die Schlichtung.

Jeder Gewerkschaftsfunktionär weiß, welcher Anstrengungen es bedarf, eine so große Masse von Arbeitern und Angestellten über Wochen und Monate in Kampfstimmung zu halten. Je schneller die Gewerkschaften in der Lage sind, nach Ablauf eines Tarifvertrages die erfolgversprechendsten Maßnahmen zu ergreifen, desto besser ist es für das angestrebte Ergebnis. Aus allen diesen Gründen ergibt sich, daß die Schlichtung — in welcher Form auch immer — allein den Interessen des Kapitals dient.

Für die Arbeiter und Angestellten sowie ihre Gewerkschaften ist am besten, wenn sie, sobald der Tarifvertrag abgelaufen ist, volle Handlungsfreiheit haben und durch keine Friedenspflicht gebunden sind. Dann haben sie am ehesten die Möglichkeit, zielgerichtet die Konfrontation mit dem Kapital zu suchen und es zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen zu zwingen. Ein solches Vorgehen verspricht die größten Erfolge bei geringstem Aufwand. Aus diesem Grunde sollten keine Schlichtungsvereinbarungen mehr abgeschlossen und bestehende zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden.

Heinz Schäfer

Ruhrkohle AG will weitere Zechen stilllegen

Der Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG hat Ende Juni 1971 einen sogenannten „Gesamtanpassungsplan“ verabschiedet, der die Konzentration der Steinkohleförderung an der Ruhr bis 1975 auf immer weniger Zechen vorsieht. Statt der gegenwärtig 52 Zechen des Superkonzerns sollen nach Ablauf dieses Zeitraums nur noch 40 existieren. Stillgelegt werden sollen u. a. die Zechen Germania, Graf Moltke, Katharina, Emscher Lippe, Mathias Stinnes, Emil Fritz, Altstaden, Brassert und die Bergwerke Bochum. Die Kohleförderung soll nur noch mit den rentabelsten Zechen betrieben werden. Zu den Maßnahmen der Profitsicherung und -steigerung gehört außerdem die Reduzierung der Fördermenge des Ruhrbergbaus.

Von der neuen, bereits eingeleiteten Stilllegungswelle an der Ruhr (die Zechen Germania und Graf Moltke werden noch 1971 geschlossen) sind erneut Tausende von Bergarbeitern betroffen. Die Versicherungen von Regierungs- und Unternehmervertretern, wonach mit der Bildung des von Prof. Schiller initiierten KohleKonzerns das Zechensterben ein Ende finden werde, haben sich als falsch erwiesen. Viele Bergarbeiter werden in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren oder müssen sich unter erschwerten persönlichen Bedingungen und zu meist auch bei Verdienstminderung auf andere Zechen verlegen lassen. Es wird Aufgabe der IG Bergbau und Energie sein, dafür zu sorgen, daß soviele Arbeitsplätze wie nur möglich erhalten bleiben und Sozialpläne durchgesetzt werden, die nicht — wie beabsichtigt — zu Lasten der Steuerzahler, sondern auf Kosten der Zechenherren den Standard der betroffenen Bergarbeiter sichern.

Hartes Ringen um den Anteil

Gewerkschaften im Kampf gegen Bz DGB-Zielprojektion verwirklichen

inreglementierung ge Forderungen

Nach Berechnungen der Bundesforschung sind die Bruttogewälte 13 Prozent emporgeschnellt; die den Lohn- und Gehaltsabschlüssen der zu verzeichnen. Die jüngsten Abschlüsse bei Banken, Versicherungen und in der Textilindustrie liegen bei rund 7 und 8 Prozent, in der rheinland-pfälzischen Chemieindustrie sogar bei 6,5 Prozent. Damit ist die Lohnleitlinie von Bundesregierung und Unternehmerverbänden erreicht und zum Teil unterschritten. In der chemischen Industrie der übrigen Tarifgebiete kam es zum ersten Male seit 50 Jahren zu größeren Streiks, weil die Unternehmer an dem 6,5-Prozent-Angebot festhalten. Die massive Einflußnahme von Ministern und Unternehmerfunktionären auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik geht weiter.

Die konzertierten Eingriffe in die Tarifautonomie haben Formen angenommen, die ernstlich die Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften gefährden. Andererseits zeigt sich die DGB-Spitze zunehmend bereit, dem Druck nachzugeben und auf die notwendige Mobilisierung der Lohnabhängigen gegen die Versuche, kapitalistische Fehlentwicklungen zu Lasten der Arbeiterschaft zu korrigieren, weitgehend zu verzichten.

Einen bedenklichen Ausdruck fand diese Entwicklung in der Sitzung der konzertierten Aktion Anfang Juni, in der sich die DGB-Vertreter faktisch auf eine an der bestehenden Verteilungsrelation des Sozialproduktes nicht rüttelnde Lohnpolitik festlegen ließen. Auch wenn Gewerkschaftspublikationen („Metall“ Nr. 13 vom 22. Juni: „Kein Stillhalte-Abkommen“) in Schlagzeilen versichern, daß die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit durch die letzte Sitzung der konzertierten Aktion nicht beeinträchtigt worden sei, ist das Gegenteil der Fall. Schwarz auf weiß steht im Komunique der konzertierten Aktion:

Keine Reallohnsteigerung?

„Die am Gespräch der konzertierten Aktion Beteiligten werden ... in voller Eigenverantwortlichkeit auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren, sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung. Nach dem Verständnis aller Beteiligten bedeutet das keine Stillhaltepause für die Einkommen, sondern vielmehr eine Phase, in der die Ertrags- und Kostenentwicklung der Unternehmungen sich normalisiert und in der die realen Einkommenserhöhungen, die die Arbeitnehmer in den letzten beiden Jahren erreicht haben, gesichert werden.“

Wenn Worte einen Sinn haben, bedeutet dies, daß in diesem Jahr eine Erhöhung des realen Einkommens der abhängig Beschäftigten nicht angestrebt werden soll. Bundesregierung und Unternehmerschaft gedenken lediglich die Preissteigerungsrate (5 Prozent) und die Steuerprogression (ca. 1,5 Prozent) zuzugestehen. Die wachsende Produktionsleistung der Arbeiterschaft soll ausschließlich in die Taschen der Unternehmung und in die Kassen des Staates fließen. Es ist unbegreiflich, daß die Gewerkschaftsseite in der konzertierten Aktion einem solchen Versuch der Vorprogrammierung der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltspolitik durch Regierung und Monopole zustimmen konnte.

Konzertierte Aktion eine Fessel

An diesem Vorgang zeigt sich ein übriges Mal die negative faktische Wirkung der konzertierten Aktion auf die Tarifautonomie. Wenn der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter in der Sitzungsrunde betonte, man dürfe keine Politik betreiben, die die Gewerkschaften binde („Ich will die konzertierte Aktion als freier Mann verlassen können“), sich andererseits aber auf die Schiller/Friedrich-Konzeption festlegen läßt, so sind das offensichtlich nur noch Worte im Rückzugseffekt, die das Gesicht vor den Gewerkschaftsmitgliedern wahren sollen.

Auch Otto Brenner versuchte den wirklichen Sachverhalt zu vertuschen, als er in „Metall“ vom 22. Juni schrieb: „Gerade das letzte Gespräch (der konzertierten Aktion — d.V.) hat wieder einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, daß die Gewerkschaften in dieser Runde anwesend sind und ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen können ... Daß wir uns dabei keine Vorschriften machen und uns auch unser Recht zur freien Entscheidung über unsere eigene Politik nicht nehmen lassen, ist die selbstverständliche und von allen akzeptierte Grundlage dieser Gespräche.“

Brenner polemisierte damit gegen die von vielen Gewerkschaftsorganen immer wieder erhobene Forderung nach Austritt aus der konzertierten Aktion. Die nachteilige Wirkung dieser Gesprächsrunde auf die gewerkschaftliche Entscheidungsfreiheit, die ja niemals verantwortungslos gehandhabt wurde, liegt auf der Hand. Sie kommt in den niedrigen Tarifabschlüssen der letzten Wochen unübersehbar zur Wirkung. Vetter selbst besänftigte die Regierungs- und Unternehmervertreter in der letzten Sitzung mit dem Hinweis, daß die „Zeit der zweistelligen Lohn- und Gehaltserhöhungen“ jetzt vorbei sei.

DGB-Zielprojektion gilt!

Was hilft es, wenn die Gewerkschaftsvertreter in der konzertierten Aktion nur auf die Weise ihre „Entscheidungsfreiheit“ behalten können, wenn sie nach der konzertierten Seelenmassage freiwillig tun, wozu die andere Seite sie die ganze Zeit hat zwingen wollen. Wie Otto Brenner meint, „ist die Forderung nach Austritt falsch gestellt; denn die konzertierte Aktion beruht auf einer gesetzlichen Grundlage. Man kann weder eintreten noch austreten. Man wird dazu eingeladen, und man geht hin, oder man bleibt weg.“ — Na also, kann man nur sagen: dann tretet nicht aus, sondern bleibt weg!

Die Taktik von Bundesregierung und Unternehmerverbänden zielt dahin, die schon völlig unzureichenden Lohnsteigerungsrate, die durch Preise und Steuern wieder aufgezehrt werden, noch weiter zu drücken. So erklärte der Präsident der Arbeitgeberverbände, Friedrich, am 29. Juni in Köln, die Hoffnungen von Bundesregierung, Bundesbank und Unternehmern (man beachte deren Zusammenspiel) auf eine „lohnpolitische Normalisierung im Jahre 1971“ hätten sich nicht erfüllt. Auch die „Zeit der Abschlüsse weit unter zweistelligen Ziffern“ ist den Unternehmern also noch zu aufwendig. Sie verlangen mit einem auch von Minister Schiller — und Kanzler Brandt — gebrauchten Vokabular wie Stabilitätspakt, Konsolidierungspause, Stillhalteabkommen usw. den faktischen Lohnstopp.

Dagegen steht jedoch die für alle Gewerkschaften gültige Orientierung, entsprechend der DGB-Zielprojektion vom Oktober 1970, einen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter in diesem Jahr um 10,4 Prozent durchzusetzen. Diese Zielsetzung gilt umso mehr, als der Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht — wie angenommen — 2, sondern mindestens 5 Prozent ausmachen wird.

Regierung und Unternehmerschaft begründen den Druck auf die gewerkschaftliche Lohn- und Gehaltspolitik mit der stagnierenden Wirtschafts-

entwicklung. Sie malen das Gespenst von Arbeitslosigkeit und Inflation an die Wand. Zwar sind diese Geißeln untrennbare Bestandteile des kapitalistischen Systems und können jederzeit wieder einmal die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik treffen, aber sie sind nicht die Folge lohnpolitischer Entscheidungen. Die Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und fortschreitender Preissteigerungen besteht vielmehr, wenn die Gewerkschaften zulassen, daß sich die staatsmonopolistische, profitorientierte Wirtschaftspolitik ungehindert auf dem Rücken der Arbeiterklasse austoben kann.

Erste Schritte in diese verhängnisvolle Richtung werden von Staat und Unternehmerschaft, vor allem den Monopolvertretern, bereits gegangen: Der rigorose gemeinsame Druck auf Löhne und Gehälter verbessert nicht die Konjunkturlage, sondern verschlechtert sie. Darum ist der Kampf der Chemiarbeiter um eine höhere als von der Gegenseite gewünschte Lohnsteigerung so überaus wichtig. Jede zusätzliche Binnennachfrage, die in dieser Situation über höhere Masseneinkommen der Werktätigen geschaffen werden kann, hilft das Konjunkturschiff flott zu machen. Höhere Löhne und Gehälter treiben keineswegs die Preise, die ja von Unternehmern festgesetzt werden, sondern schmälern lediglich die weit überhöhten Profitspannen, insbesondere der Monopole.

Gegen Profit als Maßstab

Wenn infolge verringerter Profile — wie jene Leute unentwegt warnen, die nur in kapitalistischen Bahnen denken können — die Investitions-„lust“ der Unternehmer tatsächlich zurückgeht bzw. in profitablere Regionen des Auslandes strebt, wodurch Arbeitsplätze im Binnenland gefährdet werden, dann muß man solchen Wirtschaftsbossen notfalls wegen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht und Mißachtung der Sozialverpflichtung des Eigentums die Betriebe wegnehmen und in Gemeineigentum überführen. Das Grundgesetz macht dies möglich, und die DGB fordert es in seinem Grundsatzprogramm. Nicht profitorientierte Neigungen von Konzernherren, sondern wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeiten im Interesse der werktätigen Menschen haben Maßstab der Entscheidungen zu sein.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die währungspolitischen Maßnahmen und das „Stabilitätsprogramm“ der Bundesregierung scharf kritisiert werden. Wenn die SPD/FDP-Regierung beispielsweise mehrere Milliarden verfügbare DM stilllegt und öffentliche Aufträge im Bereich von Bildung, Gesundheitswesen, Straßenbau usw. stoppt, nur, damit die Nachfrage verringert und die Unternehmer zur Verlangsamung der Preissteige-

rungswelle veranlaßt werden, dann ist das ein staats- und gesellschaftspolitischer Skandal — oder genauer: typisches Verhalten einer Regierung, die sich den Monopolen verpflichtet sieht, staatsmonopolistischer Kapitalismus.

Es ginge nämlich auch anders: Wenn in der Phase abklingender Konjunktur die Industrie- und Handelsmonopole ihre Profitsucht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung über zügellose Preissteigerungen zu stillen suchen, so muß ihnen mit Preisstopp begegnet werden. Ebenso wie es üblich ist, mit Einfuhrstopp für billige Importwaren und Lebensmittelvernichtung mit Hilfe von Steuergeldern oder durch Kartellabsprachen die Preise künstlich hoch zu halten, können sie auch nach oben begrenzt werden. Das dumme Geschwätz vom unzulässigen Eingriff in die freie Marktwirtschaft zieht nicht, denn Eingriffe sind auch Einfuhrstopp (ab 3. Juli gültig für billige Kartoffeln) und staatlich sanktionierte Lebensmittelvernichtung.

Die Bonner Regierung, die sich ganz offenkundig der Unternehmerschaft verpflichtet sieht, wählte jedoch den arbeiterfeindlichen Weg: Die Masse der Bevölkerung muß auf den dringend notwendigen Bau von Straßen, Schulen und Krankenhäusern verzichten, damit die Nachfrage verringert wird. Der Druck auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik wird massiv verstärkt, ebenfalls, damit die Nachfrage sinkt. Dieser Weg, die Unternehmer zu geringeren Preiserhöhungen zu veranlassen, zielt bewußt auf die Begrenzung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter das mögliche

Niveau, auf die Gefährdung der Arbeitsplätze. Nur nicht den Monopolen an die Profitgurgel springen!

Zweistellige Forderungen real

Während jedoch das Bonner staatsmonopolistische „Stabilitätsprogramm“ abgespult wird und im Preisbereich wirksam werden kann, haben sich die Bosse der Wirtschaft abermals kräftig gesundgestoßen und neue Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Arbeiterschaft in den Betrieben eingeleitet, um fortan von dieser Flanke her den Profit weiter zu steigern.

Es wird Zeit für manche Spitzenfunktionäre im DGB und den Gewerkschaften, daß sie dieses Spiel durchschauen und aufhören, aus falsch aufgefaßter Loyalität zu den sozialdemokratischen Ministern oder infolge von Illusionen über deren politische Absichten von der eigenen, als richtig nachgewiesenen Zielprojektion in der Lohnpolitik abzugehen. Lohnfragen sind — unabhängig von der jeweiligen Regierung — im kapitalistischen System Machtfragen. Die Arbeiterklasse bekommt nur soviel von den Werten, die sie produziert, wie sie sich in hartem Kampf gegen das Kapital abtrotzt. Zweistellige Lohn- und Gehaltsforderungen sind darum auch gegenwärtig richtig, durchsetzbar und im Interesse einer neuen Wirtschaftsbelebung erforderlich. Es geht nicht zuletzt auch darum, wie es in der erwähnten Zielprojektion des DGB heißt, eine „größere Verteilungsgerechtigkeit“ des Sozialproduktes zu erreichen. Gerd Siebert

700 Milliarden für die Rüstung

Die hauptsächlich als Folge der Aggressivität der USA und der von ihnen inspirierten und unterhaltenen Militärpakte der Weltbevölkerung aufgezwungenen Rüstungslasten betrugen 1970, nach einem Bericht der US-Behörde für Rüstungskontrolle, 204 Milliarden Dollar, das sind über 700 Milliarden DM. Diese Summe entspricht dem Staatshaushalt der Bundesrepublik für rund sechs Jahre. Auf den Kopf der Weltbevölkerung — ob Säugling oder Greis — umgerechnet, betrug die Rüstungslast im vergangenen Jahr 54 Dollar. Das ist mehr als das Jahreseinkommen der Menschen in Dutzenden von Entwicklungsländern.

Während 93 Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika zusammen 27 Milliarden Dollar Militär-

ausgaben aufbrachten, entfällt die gewaltige Restsumme auf die entwickelten Industrieländer. Selbst nach den US-amerikanischen Angaben liegt die NATO mit 103 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben weit an der Spitze. Der Warschauer Pakt soll 71 Milliarden Dollar aufgewendet haben.

An diesen Zahlen wird deutlich, wie dringend notwendig es ist, den neuen sowjetischen Vorschlag zur beiderseitigen Truppenreduzierung zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Die Opposition der Bundesregierung und besonders Minister Helmut Schmidt gegen eine Verringerung der US-Truppen in der Bundesrepublik muß angesichts der fortwährenden Verschwendung unvorstellbarer Mittel energisch zurückgewiesen werden. -rt

„Probleme wie vor 100 Jahren“

Von der 7. DGB-Bundesfrauenkonferenz in Kassel „Gleiche Rechte“ noch immer leeres Schlagwort

Die 187 Delegierten, Gastdelegierten und Gäste der 7. Bundesfrauenkonferenz des DGB in Kassel wurden auf dem Vorplatz der Stadthalle am 11. Juni auf ungewöhnliche Art begrüßt. Frauen und Männer vom AEG-Telefunken-Zweigwerk Kassel-Waldau standen dort mit Losungen, Flugblättern und Megaphon und forderten Solidarität und Aufmerksamkeit für die fast 600 Beschäftigten (davon 85 Prozent Frauen) des Werkes mit der Losung: „Heute verlieren wir von AEG-Telefunken den Arbeitsplatz! Wann seid Ihr dran?“ Die DKP Kassel und die Jungsozialisten protestierten in ihren Flugblättern gegen die Unternehmerwillkür und bekundeten Solidarität mit den Entlassenen.

Die betroffenen AEG-Arbeiter spürten die Distanz der Leitung des Kongresses. Doch ihr vorgeschlagener Dringlichkeitsantrag mit der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze, gegen die rücksichtslosen Maßnahmen der Unternehmer wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Ein großer Teil der Delegierten, die rund 1 Million weibliche Gewerkschaftsmitglieder vertraten, teilten die Sorgen der Kasseler Arbeiterinnen. Daran änderten auch die beschwichtigenden Worte von Bundeskanzler Willy Brandt nichts, der in seiner Ansprache vor dem Kongreß sagte: „Es besteht kein Grund, um die Sicherung der Arbeitsplätze zu fürchten.“

Durch das Anwachsen der Erwerbstätigkeit der Frauen in der BRD in den verschiedenen Industriezweigen gewinnen die Frauenkonferenzen ständig an Bedeutung. Hinter den langjährigen Forderungen der Frauen wächst Unzufriedenheit und Bewegung. Man gibt sich mit bloßen Versprechungen nicht mehr zufrieden. Diesem Prozeß trugen auch die vielen — viel zu vielen — prominenten Redner Rechnung. Brandt's erste Worte waren: „... Dabei komme ich nicht als einer, der belehren will, sondern als einer, der um eigenverantwortliche Mitarbeit bittet. ... Niemand wird bestreiten können, wie sehr es darauf ankommt, daß die Frauen sich selbst um ihre Interessen kümmern, daß sie selbst ihren Anspruch auf mehr gesellschaftliches Gewicht geltend machen.“

Also, Frauen, falls ihr es noch nicht gewußt habt: ihr seid selbst schuld. Denn es kann, „was zu tun bleibt, nicht allein mit den Mitteln des Staates durchgesetzt werden“. Letztere Feststellung wäre noch verständlich gewesen, wenn die Aktionen und Bewegungen der Frauen auf diesem Kongreß beispielgebend ausgewertet und diskutiert worden wären. Doch das war keineswegs der Fall. Außer einem kurzen Solidaritätstelegramm an die streikenden Arbeiterinnen der Textil- und Bekleidungsindustrie fand dieser Lohnkampf keinen Platz auf der Konferenz.

Es wäre besonders für eine Frauenkonferenz wertvoll gewesen, eine so großartige Bewegung, in der die Kolleginnen in hervorragender Weise gearbeitet und um ihre Rechte gekämpft haben, auszuwerten. Hat doch gerade diese Lohnbewegung das abgedroschene Argument widerlegt, daß mit den Frauen nichts anzufangen sei und sie kaum für gewerkschaftliche Arbeit zu interessieren seien.

Käte Strobel, die viel von angekündigten Reformen sprach, verkündete, daß ab 1. 1. 1974 monatliches Kindergeld vom ersten Kind an bezahlt wird. Zum Gesetzeskatalog sagte sie: „Es kommt auf die Realisierung an, und wir wissen, daß gesetzliche Veränderungen zugunsten der Frauen besonders lange Zeit in Anspruch nehmen — nicht nur, weil in den Entscheidungsgremien so wenig Frauen zu finden sind, sondern auch deshalb, weil Reformen, die den Frauen in erster Linie zugute kommen sollen, in den meisten Fällen sehr viel Geld kosten.“

Maria Weber, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, bedauerte in ihrem Referat „Gleiche Rechte — gleiche Pflichten“, daß um die Belange und die berechtigten Forderungen der Frauen bis jetzt noch keine umfassenden Protestbewegungen stattgefunden haben. Nur durch Zwang könne der Grundsatz „Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit“ umgehend verwirklicht werden. Schuld an der noch immer ungerechten Entlohnung der Frauen tragen vor allem die Arbeitgeber. Sie setzen ihre Machtposition ein, damit das Unrecht, das den Frauen geschieht und das ihnen Millionen — richtiger: inzwischen schon Milliarden — gebracht hat, weiter bestehen bleibt, daß es nicht beseitigt wird.“

In der Diskussion wies die Delegierte Leni Gottfried darauf hin, daß sich im Grunde genommen seit der Pariser Kommune an den Forderungen der Frauen nichts geändert habe. Gleicher Lohn, Humanisierung der Arbeitsplätze und Unterbringung der Kinder erwerbstätiger Frauen „sind

Forderungen von vor 100 Jahren, die wir heute immer noch stellen müssen“. Und die Delegierte Elisabeth Alschner traf den Nagel auf den Kopf, als sie aufforderte, aufzuhören, „eine Frauenarbeit zu machen, die den Klassencharakter dieser Gesellschaft leugnet, denn Gleichberechtigung ist keine Gesellschaftsfrage, sondern ein gesellschaftspolitisches Problem“.

Die Vorarbeit für diese 7. DGB-Frauenkonferenz war gut. In den rund 130 vorliegenden Anträgen hatten die Kolleginnen in den Betrieben und Frauenausschüssen die wichtigsten politischen und sozialen Probleme angesprochen: Vom Bodenrecht, Mieterschutz, Umweltschutz, Familienplanung, Schwangerschaftsunterbrechung über Vorschulerziehung, Berufsberatung für Mädchen, eigenständige Alterssicherung — bis hin zur Ostpolitik, Rechtsradikalismus, Frieden in Vietnam und Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Mit diesem Forderungskatalog hätte die Konferenz eine der interessantesten und aussagekräftigsten werden können. Doch leider kamen die 187 Delegierten (Durchschnittsalter 45,6 Jahre) kaum zur Diskussion.

Von den zwei Beratungstagen blieben nur knapp 4 Stunden zur Beratung der Anträge und zur Diskussion. Daß bei dieser Hast manches undiskutiert über die Bühne lief, kann man sich leicht vorstellen. Oft hatten die Delegierten nicht einmal Zeit, den zur Debatte stehenden Antrag richtig zu erfassen. Nur so konnte es passieren, daß der Antrag Nr. 51 (Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherheit der Frau) glatt abgelehnt wurde.

Eine echte Diskussion dagegen entspann sich um Antrag 81 (Kindergärten mit Elterninitiative). Dieser Antrag forderte von den Landesministerien, daß „Kindergärten auf der Basis von Elterninitiativen finanziell unterstützt werden“. Die Antragskommission empfahl Ablehnung. „Man weiß ja bei solchen privaten Einrichtungen nie, wie die Kinder beeinflußt werden...“, hieß es in der Auseinandersetzung. Doch die Mütter leiden zu sehr unter der Kindergartenmisere, als daß sie auf private Initiative verzichten könnten. Der Antrag wurde angenommen.

Hart verlief auch die Diskussion um den § 218, dessen Abschaffung von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten (nur 3 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen) gefordert wurde.

Dieser Kongreß verdeutlichte erneut, daß zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in der Bundesrepublik entscheidende gesellschaftliche Veränderungen im Kampf gegen die Diktatur des Großkapitals und ihrer Handlanger notwendig sind.

Marianne Konze

Arbeiter und Angestellte ...

7. Angestelltenkonferenz der IG Metall: Gemeinsam kämpfen Brenner versucht Gewerkschaft auf Regierungskurs zu bringen

„Sicherheit und Fortschritt durch Solidarität“, unter diesem Motto kamen 333 Delegierte und 120 Gastdelegierte zur 7. Angestelltenkonferenz der IG Metall am 10. und 11. Juni 1971 in Dortmund zusammen. Im Namen von 250 000 in der IG Metall organisierten Angestellten wurden zahlreiche Beschlüsse gefaßt, die eine verstärkte gewerkschaftliche Interessenvertretung zum Inhalt haben. Zugleich gab es insbesondere im Grundsatzreferat von Otto Brenner eine recht widersprüchliche Orientierung für die IG Metall, die sowohl eine noch stärkere Anpassung an den Regierungskurs, als auch Elemente einer unabhängigen Gewerkschaftspolitik zum Inhalt hatte. Offensichtlich wollte Brenner damit Akzente für den bevorstehenden 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall — Ende September in Wiesbaden — setzen.

Brenner hat in seinem Referat die Außenpolitik der Bundesregierung „aus vollem Herzen begrüßt und unterstützt“ und auch der Schillerischen Wirtschaftspolitik „Verständnis“ entgegengebracht. Er lehnt zwar einen Stabilitätspakt mit den Unternehmern und der Bundesregierung ab, sagte aber wörtlich, daß es „selbstverständlich im Interesse aller läge, die Stabilitätspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“. Er versprach zugleich, daß die Gewerkschaften ihren „Beitrag dazu leisten werden“, damit die Preissteigerungen wieder auf ein vertretbares Maß herabgemindert werden.

Mit anderen Worten hat sich Brenner mit dieser regierungskonformen und unternehmerfreundlichen Haltung bemüht, die IG Metall von der aktiven Lohn- und Gehaltspolitik wegzuz-

orientieren und die im Herbst bevorstehende Lohnbewegung in der Metallwirtschaft auf Mini-Forderungen festzulegen.

Die von den Gewerkschaften bei Regierungsneubildung im Oktober 1969 an die neue Bundesregierung gestellten Forderungen hat Otto Brenner mit keiner Silbe erwähnt, aber dafür wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er die Politik der Bundesregierung, auch die sogenannte Reformpolitik, voll unterstütze. Die ebenfalls in seinem Referat bekräftigte Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteien, Regierungen und Unternehmern wird angesichts der Unterstützung der gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten gerichteten Regierungspolitik zu einer nichtsagenden Floskel.

Auf der anderen Seite hat Otto Brenner im Hinblick auf das gemeinsame solidarische Handeln von Arbeitern und Angestellten eine richtige Aufgabenstellung entwickelt. Er verwahrte sich gegen die von den Unternehmern betriebene Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten und machte deutlich, daß die Belange der Angestellten nur durch das Gewicht der gesamten IG Metall im Kampf gegen die Unternehmer durchsetzbar sind.

Die Gemeinsamkeiten von Arbeitern und Angestellten wurden im Referat des für den Bereich der Angestellten zuständigen Vorstandsmitgliedes, Heinz Dürrbeck, noch deutlicher herausgearbeitet. Er führte aus, daß der grundsätzliche Interessengegensatz von Kapital und Arbeit, von Unternehmern und Arbeitnehmern — ganz gleich ob für Angestellte oder Arbeiter — heute die gesellschaftliche Wirklichkeit bestimme. In diesem System sei der technische Fortschritt hauptsächlich ein Fortschritt für die Profiterwartung der Unternehmer, die über das Eigentum an den Produktionsmitteln verfügten. Das schließe die Herrschaft über die abhängig Beschäftigten ein, die darum keine gleichberechtigten Partner sein könnten. Vielmehr seien Arbeiter und Angestellte

bei der gemeinsamen Interessenvertretung aufeinander angewiesen.

Nach einer Diskussion in sechs verschiedenen Arbeitsgruppen beschäftigte sich die Konferenz mit 124 Anträgen, 19 Entschlüssen und zahlreichen Initiativanträgen. In deren Mittelpunkt standen, neben spezifischen Angestelltenforderungen, vor allem tarif- und sozialpolitische Fragen. So wurden u. a. gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte, ein tariflich abgesichertes 13. Monatseinkommen, verlängerter Urlaub auf 30 Arbeitstage und ein verbesserter Kündigungsschutz für ältere Angestellte gefordert. Insbesondere protestierte die Konferenz gegen die Absicht, mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes Teile der Angestelltenschaft zu „leitenden Angestellten“ zu

Besser informiert durch NACHRICHTEN

machen und sie von einer Interessenvertretung durch Gewerkschaft und Betriebsrat auszuschließen. Für die Lösung der Entlohnungsprobleme in den großen Konzernen, die Produktionsstätten in mehreren Tarifbezirken haben, verlangte die Konferenz die Vereinbarung von Öffnungsklauseln, die den Abschluß von Zusatztarifverträgen ermöglichen.

In einer Entschliebung wandte sich die Konferenz gegen die Absicht der Unternehmer, den Gewerkschaften die Verantwortung für Preiserhöhungen zuzuschreiben. Der Vorstand wurde aufgefordert, in der konzertierten Aktion in voller Unabhängigkeit die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Viele Delegierte hatten es bedauert, daß der wesentlich weitergehende Antrag Nr. 28 des Angestelltenausschusses der Verwaltungsstelle Ludwigsburg, der einen Austritt aus der konzertierten Aktion verlangte, mit dem Vermerk „erledigt“ unter den Tisch gefallen ist.

Im Gegensatz zur 9. Jugendkonferenz der IG Metall im April in Saarbrücken (vgl. NACHRICHTEN 5/71, S. 10) hat die Angestelltenkonferenz zu den vielfältigen gesellschaftspolitischen Fragen nicht Stellung genommen. Um so mehr wird es notwendig sein, daß der bevorstehende Gewerkschaftstag in Wiesbaden eine von den Klasseninteressen bestimmte Politik festlegt und die von Otto Brenner betriebene Anpassung an die Regierungspolitik ablehnt. W. P.

Noch immer Diskriminierung der Frauenarbeit

Obwohl die Frauen rund ein Drittel aller abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik stellen, empfangen sie nur knapp ein Viertel der gesamten Bruttolohn- und -gehaltssumme. Zu dieser Feststellung kommt das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) in einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung zum Thema „Quantitative Aspekte der Frauenarbeit in der Volkswirtschaft“. Das WWI sieht in dem Mißverhältnis zwischen Beschäftigungs- und Einkommensanteil der Frauen einen klaren Beweis für die fortdauernde Diskriminierung der Frauenarbeit. Wie sich diese schließlich auf die Rentenzahlung auswirkt, zeigt ein weiteres Untersuchungsergebnis des WWI, wonach in der Rentenversicherung der Arbeiter die Durchschnittsrenten der weiblichen Versicherten um 40 Prozent und in der Angestelltenversicherung um 52 Prozent unter denen der Männer liegen.

Sozialistischer Kurs bestätigt

SED: Hauptziel weitere Verbesserung des Lebensniveaus 94 ausländische Delegationen auf VIII. SED-Parteitag

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands veranstaltete vom 15. bis 19. Juni 1971 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle ihren VIII. Parteitag. Dieses in der Welt vielbeachtete Ereignis war ein bedeutender Meilenstein beim sozialistischen Aufbau der DDR. Die 2043 Delegierten, die mehr als 1,9 Millionen Mitglieder repräsentierten, beschlossen ein klares Konzept für die anstehenden Aufgaben. Einstimmig billigten sie den Bericht des Zentralkomitees und die Direktive zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975, sie wählten das neue Zentralkomitee, das Erich Honecker in seiner Funktion als erster Sekretär bestätigte.

Der von Erich Honecker vorgetragene Rechenschaftsbericht des ZK zeichnet sich durch einen sachlichen Realismus aus und ist bei einer wirklichkeitsgetreuen Widerspiegelung der Situation in einfacher Sprache gehalten, für jeden Arbeiter verständlich. Der Parteitag legte Maßnahmen fest, die sozialistische Gesellschaft auf der Basis des Erreichten systematisch weiterzubauen, den Lebensstandard anzuheben, bestehende Mängel in der proportionalen Entwicklung der Wirtschaft zu beseitigen und die Wirtschaftsintegration der sozialistischen Staaten zu vervollkommen.

Eine Gewähr dafür bietet die vom Parteitag angenommene Direktive für den neuen Fünfjahrplan, die eine weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes vorsieht. Das produzierte Nationaleinkommen, das gegenüber 1970 bis 1975 auf 126 bis 128 Prozent gesteigert werden soll, verlangt eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf 134 bis 136 Prozent und erfordert die verstärkte rationelle Ausnützung der vorhandenen Produktionskapazitäten. Dem Parteitag gingen über 600 Schreiben mit mehr als 5000 Vorschlägen zu, die in Ergänzungen oder Veränderungen des Entwurfs der Direktive ihren Niederschlag fanden, bzw. dem Ministerrat der DDR als Anregung für den endgültigen Fünfjahrplan dienen werden.

Der Parteitag betonte die führende Rolle der Arbeiterklasse, die in der DDR die politische Macht ausübt, und hob die wachsende Bedeutung der Gewerkschaften hervor (siehe „Festigung der Führungsrolle“, S. 14). Erich Honecker legte den Gewerkschaftsleitungen ans Herz „sorgfältig darauf zu achten, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen nirgendwo an den Rand der Leitungstätigkeit gerät“.

Im Rahmen der außenpolitischen Tätigkeit der SED beschäftigte sich Honecker auch ausführlich mit dem Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Er betonte, wenn der Imperialismus jetzt mit anderen Methoden und Taktiken operiere, so bedeute das keinen Wandel des Sy-

stems. Vielmehr sei das ein Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, dem sich der Imperialismus anzupassen versuche. Wie schon so oft in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts, habe sich dazu die Bourgeoisie die rechtssozialdemokratischen Führer zu Hilfe geholt. Jedoch entspreche die praktische Politik der rechten Führer der SPD selbstverständlich nicht den Interessen der Mehrheit der über 800 000 Parteimitglieder.

Die SED habe stets die ganze Differenziertheit der politischen Prozesse in der Bundesrepublik im Auge gehabt, sie übersehe nicht die Unterschiede zwischen konservativen und rechtssozialdemokratischen Kräften und werde gegen die ultrareaktionären und offen revanchistischen Kräfte ihren Hauptstoß richten. Aber auch jene, welche auf Umwegen das Geschäft des Imperialismus gegen die DDR zu besorgen versuchten, hätten keine Chancen. Die Solidarität der DDR gehöre jenen, die die wirklichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Es entspreche den Notwendigkeiten des Kampfes gegen das Großkapital, für den demokratischen Fortschritt, wenn sich Kommunisten, Gewerkschafter, sozialdemokratische und christliche Arbeiter und vor allem die Jugend zu Aktionsgemeinschaften zusammenfinden.

In bezug auf die Politik des Kampfes um europäische Sicherheit und die Herstellung von Beziehungen zur Bundesrepublik auf der Basis des Völkerrechts entwickelte Honecker ein realistisches Fünf-Punkte-Konzept (siehe nebenstehende Hauptpunkte aus dem Rechenschaftsbericht), das auch von allen Demokraten in der Bundesrepublik unterstützt werden sollte.

Der Parteitag war zugleich eine Manifestation der kommunistischen Weltbewegung. Insgesamt 94 ausländische Delegationen, darunter auch von sozialistischen Parteien und von befreundeten Parteien junger Nationalstaaten, aus 83 Ländern waren in Berlin vertreten. Über 60 Vertreter der Bruderparteien sprachen zu den Delegierten. Spontaner Applaus erhielt der Generalsekretär der KPdSU, Leonid I.

Breshnew, als er zum Ausdruck brachte, daß die Grenzen der UdSSR, der DDR, Polens und der CSSR unabhängig von dem Vorhandensein eines Vertrages mit der BRD gesichert wären. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Repräsentanten der anderen sozialistischen Staaten, ebenso wie die Vertreter Vietnams, der Kommunistischen Partei der USA, der regierenden kommunistischen und sozialistischen Partei Chiles und vieler anderer Staaten stürmisch begrüßt wurden.

Die enge solidarische Verbundenheit der DKP in der Bundesrepublik mit der SED brachte auf dem Parteitag der Vorsitzende der DKP, Kurt Bachmann, zum Ausdruck. Er führte aus, daß im Kampf der Arbeiterklasse der Bundesrepublik die DDR eine starke Stütze sei und die notwendige völkerrechtliche Anerkennung der DDR den Bürgern der Bundesrepublik, dem Frieden und der Sicherheit Europas diene. Der Verlauf des Parteitages unterstrich, daß die SED ein weltweites Ansehen genießt und einen wichtigen Beitrag für die Stärkung der internationalen Arbeiterbewegung leistet.

Die Delegierten des Parteitages verkörperten eine echte Repräsentation der Bevölkerung der DDR. Nach der altersmäßigen Zusammensetzung waren 12,6 Prozent der Delegierten bis zu 25 Jahre alt, 6,8 Prozent zwischen 26 und 30 Jahren und 24 Prozent zwischen 31 und 40 Jahren. (Auf dem kürzlich stattgefundenen außerordentlichen DGB-Kongreß war nur 1 Prozent der Delegierten jünger als 30 Jahre.) Mehr als 70,6 Prozent der Delegierten waren Arbeiter und Bauern.

Nach einer sachlichen und oft kritisch geführten Diskussion, bei der aus Zeitmangel über 130 Delegierte nicht zu Wort kamen, wurde in geheimer Wahl einstimmig das neue Zentralkomitee mit 135 Mitgliedern und 54 Kandidaten gewählt. Ebenfalls einstimmig wählte das neue ZK Erich Honecker zum Ersten Sekretär und weitere 21 bewährte Arbeiterfunktionäre als Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. In Ehrung seiner Verdienste wurde Walter Ulbricht vom ZK zum Vorsitzenden der SED gewählt.

Der Parteitag hat deutlich gemacht, daß die Arbeiterklasse in der DDR und die mit ihr verbundenen werktätigen Schichten eine gesicherte Perspektive haben, frei von Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und Bildungsnotstand. Dem Beobachter aus der Bundesrepublik sind die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Staaten, wo in einem die Arbeiterklasse die Macht ausübt und in dem anderen vom Monopolkapital unterdrückt wird, erneut plastisch sichtbar geworden. Je stärker die DDR wird, desto erfolgreicher können die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in der Bundesrepublik den Kampf gegen das Großkapital, für Frieden und sozialen Fortschritt führen.

Werner Petschick

Beziehungen der Koexistenz

Auszüge aus Reden auf dem Parteitag der SED

Vom VIII. Parteitag der SED, der auch in der Bundesrepublik starkes Interesse fand, bringen wir nachstehend einige der Hauptpunkte des Rechenschaftsberichtes des ZK der SED, vorgelesen vom 1. Sekretär Erich Honecker, des Referates von Ministerpräsident Willi Stoph über die Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft und der vielbeachteten Ansprache des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid I. Breschnew.

Erich Honecker zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD:

„Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gibt es nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz, entsprechend den Regeln des Völkerrechts. Die Abgrenzung zwischen beiden Staaten wird in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefer gehen, da sich die Gegensätzlichkeit zwischen der DDR und der Bundesrepublik verschärft. Die Probleme, die die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa komplizieren, müssen ohne Vorbedingungen und ohne künstliche Verbindung einer Frage mit anderen gelöst werden. Die DDR sieht als ihren Betrag zur Sicherung des Friedens in Europa an:

1. Die baldmögliche Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz ohne Vorbedingung.
2. Die DDR ist bereit, Mitglied der UNO und ihrer besonderen Organisationen zu werden.
3. Die DDR ist bereit, mit allen Staaten normale Beziehungen aufzunehmen, und sie geht dabei von der Gleichberechtigung aller Staaten unter Achtung der Souveränität aus.
4. Normale Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts sind auch zur Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen.
5. Das Verhältnis gegenüber Westberlin ist zu normalisieren, wobei die Realität anerkannt werden muß, daß Westberlin eine Stadt mit einem besonderen politischen Status ist, niemals zur Bundesrepublik gehörte und nie zu ihr gehören wird.“

Erich Honecker zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft der DDR:

„Für die sozialistische Gesellschaft ist die Wirtschaft ein Mittel zur immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes. In der Fünfjahrplanperiode soll eine halbe Million Wohnungen ihrer Bestimmung übergeben werden. Den Problemen der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, also mit Konsumgütern, Ersatzteilen und Dienstlei-

stungen, wird ernsthaft zu Leibe gerückt.“

Über die Rolle des FDGB:

„Bei der weiteren Entwicklung kommt den Gewerkschaften, in denen fast die ganze Arbeiterklasse organisiert ist, eine immer größere Bedeutung zu. Ein beträchtlicher Teil des Einflusses der führenden Klasse auf Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht sich entsprechend der sozialistischen Verfassung mit Hilfe der Gewerkschaften. Bei der Ausweitung der Macht der Arbeiterklasse, der Steigerung der Produktion, der weiteren Verbesserung des Lebens ist die immer aktivere Mitarbeit der Gewerkschaften unerlässlich.“

Über die SED und ihre internationale Politik:

„Die SED ist ein fester Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung, verbunden in enger Freundschaft mit der Sowjetunion. Das ist die Grundbedingung für die Verwirklichung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Bürger der DDR. Der Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auf ideologischem Gebiet spitzt sich zu. Die ideologische Arbeit bildet, der Lehre Lenins folgend, den Hauptinhalt der Tätigkeit der SED. Dabei ist das Streben nach Einheit und nach gemeinsamen Aktionen der Kommunisten, aller revolutionären Kräfte, ein objektives Erfordernis und eine gesetzmäßige Tendenz des internationalen Klassenkampfes.“

Willi Stoph über den neuen Fünfjahrplan:

„Die Hauptziele des Wachstums der Volkswirtschaft im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 werden durch die Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens auf 126 bis 128 Prozent, des Wachstums der industriellen Warenproduktion auf 134 bis 136 Prozent und die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie auf 135 bis 137 Prozent charakterisiert. Es ist vorgesehen, bis 1975 die Konsumtion auf 121 bis 123 Prozent zu erhöhen. Sie wird damit im Jahre 1975 106 bis 107 Milliarden Mark betragen, das sind rund 78 Prozent des verwendeten Nationaleinkommens. Der Warenumsatz im Einzelhandel soll pro Kopf der

Bevölkerung von 3800 Mark auf 4600 Mark im Jahre 1975 zunehmen.

Die Hauptaufgabe orientiert auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus. Das Ziel von Partei und Regierung ist es, das Leben der Werktätigen reicher, angenehmer und schöner zu machen. Die Erhöhung der Löhne und Renten wird auch in Zukunft die Hauptform der Verteilung des Nationaleinkommens sein. Die Linie, die Verbraucherpreise für Konsumgüter stabil zu halten, wird fortgesetzt.“

Bündnis Sowjetunion-DDR, Leonid I. Breschnew:

„In dem Vierteljahrhundert ihres Wirkens hat die SED großes geleistet: Die Errichtung der sozialistischen DDR. Das ist eine wahre Großtat. Der ganzen Welt wird damit das Beispiel einer festen, stabilen Entwicklung auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens vor Augen geführt.“

Je geschlossener unsere Staaten handeln, je einheitlicher ihr Vorgehen in der internationalen Arena ist, desto fester gegründet sind der allgemeine Frieden und die Sicherheit, desto stärker hallt der Marschtritt der Völker auf ihrem Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit. Eine gesamteuropäische Beratung ist undenkbar ohne die gleichberechtigte Teilnahme der DDR.“

Zum Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD:

„Wir empfinden Genugtuung, daß sich in letzter Zeit in der europäischen Lage einige positive Veränderungen vollziehen. Denjenigen Politikern in Westdeutschland, die den Vertrag mit der Sowjetunion zum Gegenstand politischer Spekulationen machen, sei eins gesagt: Die Unverletzbarkeit der Grenzen der UdSSR, der DDR, Polens, der Tschechoslowakei und der anderen Bruderländer ist auch unabhängig vom Vorhandensein eines solchen Vertrages gesichert; sie ist gesichert durch die vereinte Macht der Staaten des Warschauer Vertrages. Treten die Verträge der Sowjetunion und Polens mit der BRD in Kraft, so wird das in vieler Hinsicht eine neue politische Atmosphäre in Europa schaffen.“

Die gemeinsamen vereinbarten Bemühungen der Sowjetunion und der DDR sind darauf gerichtet, daß Westberlin aufhöre, Auslöser von Spannungen und Krisensituationen zu sein — selbstverständlich bei gebührender Berücksichtigung der legitimen Interessen und der souveränen Rechte der DDR.

Das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU begründete Programm für den Frieden trägt den gemeinsamen Interessen der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft Rechnung. Die Bruderländer werden imstande sein, die Sache der sozialistischen Integration erfolgreich voranzubringen.“

Festigung der Führungsrolle

Arbeiterklasse der DDR Träger der politischen Macht Zunehmende Verantwortung der Gewerkschaften

Anknüpfend an die vom VIII. Parteitag der SED Mitte Juni behandelte Problematik beschäftigt sich unser DDR-Korrespondent Claus Friedrich mit Fragen der Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft und mit der Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs:

Seiner gesellschaftlichen Zielsetzung nach ist der neue Entwicklungsabschnitt, der mit dem VIII. Parteitag der SED in der DDR in Angriff genommen wurde, durch das entschlossene Streben charakterisiert, die führende Stellung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft immer vollkommener auszugestalten. Da fast die ganze Arbeiterklasse in der DDR in den Gewerkschaften organisiert ist, wächst mit dieser Aufgabe auch die Verantwortung dieser Organisationen.

Deshalb wurde auf dem Parteitag mit Nachdruck hervorgehoben, daß den Gewerkschaften bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft „eine immer größere Bedeutung zukommt“. Erich Honecker, der diese Feststellung traf, begründete sie damit, daß sich gerade im Alltag gewerkschaftlicher Tätigkeit ein beträchtlicher Teil des Einflusses der Angehörigen der führenden Klasse auf Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht.

Die Betonung, die der führenden Stellung der Arbeiterklasse auf dem Parteitag gegeben wurde, entspricht dem objektiven Prozeß der Weiterentwicklung einer sozialistischen Gesellschaft. Die Arbeiterklasse ist der Träger der politischen Macht und der Kern des werktätigen Volkes. Sie ist die zahlenmäßig stärkste Klasse und ist und bleibt die wichtigste Produktivkraft der Gesellschaft. Sie ist die revolutionärste, disziplinierteste, am besten organisierte Klasse und verkörpert am deutlichsten das, was sozialistischer Gemeinschaftssinn genannt wird.

Unter Führung der SED hat die Arbeiterklasse der DDR eine große Entwicklung durchgemacht, hat sie — mit Hilfe der Gewerkschaften — bewiesen, daß sie Staat und Wirtschaft zu leiten vermag, und gewaltige Leistungen vollbracht. Die Grundlage dafür war die Existenz des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, das gemeinschaftliche Verantwortung und gemeinschaftliche Tätigkeit der kollektiven Eigentümer zur traditionellen Nutzung und Mehrung des gemeinschaftlichen Eigentums bindet und erfordert.

Die dem sozialistischen Eigentum entsprechende wirksamste Form der Arbeit ist der sozialistische Massenwettbewerb; denn in ihm erwerben die

Arbeiter Fähigkeiten nicht nur hinsichtlich der Beherrschung technischer und technologischer Detailprozesse, vielmehr treten sie durch ihn auch in Beziehung zum ökonomischen und gesellschaftlichen Gesamtprozeß und erlangen die Fähigkeit, auf ihn sachkundig Einfluß zu nehmen, ihn zu gestalten und zu beherrschen. Der Wettbewerb ist daher seinem Wesen nach eine zutiefst demokratische Angelegenheit. Deshalb wurde er auf dem Parteitag auch als ein „Hauptfeld“ charakterisiert, auf dem bereits die Mehrheit der Arbeiter das gesellschaftliche Leben der Republik mitgestaltet, auf dem sich ihre Mitbestimmung realisiert und ihre Ideen und Vorschläge gefragt sind.

Die weitere Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse verlangt darum von den Gewerkschaften, als den Organisatoren des Massenwettbewerbs dafür zu sorgen, daß der sozialistische Wettbewerb alle wesentlichen Seiten des Arbeiterlebens beeinflußt und die allgemeine Kultur, der Bildungsstand und die politische Aktivität der ganzen Klasse gefördert werden. Die besten Bedingungen dafür sind dort gegeben, wo die gewerkschaftliche Interessenvertretung als Einheit von Steigerung der Arbeitsproduktivität, planmäßiger Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und sozialistischer Überzeugung für jeden Werktätigen lebendig wird.

In den vergangenen Jahren wurde in der DDR viel über Systeme auf dem Gebiet der Leitung und Planung und auf allen möglichen anderen Gebieten geschrieben. Manche Leiter haben im Streben nach perfektionistischen Lösungen durch möglichst großartige Systeme die Rolle der Arbeiterklasse etwas aus dem Blickfeld verloren. Aber aller Perfektionismus kann nicht die lebendige Initiative ersetzen. Die stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Johanna Töpfer, die in das Zentralkomitee der SED gewählt wurde, setzte sich daher auf dem Parteitag mit denen auseinander, die das Verfassungsprinzip „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ so entstehen, „als ob nur die physische Arbeitskraft zähle, nicht aber das Wort und die Initiative des Arbeiters“.

„Nichts wird bei uns um seiner selbst willen gemacht! Nichts geht ohne die Kraft des Volkes!“ Mit diesen Wor-

ten klang der von Erich Honecker erstattete Bericht auf dem Parteitag aus, und dieser Bericht macht vollständig klar, daß die Wirksamkeit des ökonomischen Systems des Sozialismus nur daran zu messen ist, wie es dazu beiträgt, Millionen Werktätige nach den demokratischen Prinzipien der sozialistischen Ordnung zu hohen Arbeitsergebnissen zu führen, ihr sozialistisches Bewußtsein zu festigen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, sie anzuregen, sich politisch, ökonomisch und fachlich weiterzubilden und ihre Verantwortung für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft immer sachkundiger wahrzunehmen. C. F.

Im November Wahlen in der DDR

Nach einem Beschluß der Volkskammer, der obersten Volksvertretung der DDR, sollen am 14. November 1971 in der DDR die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen, den Volksvertretungen der 14 DDR-Bezirke, stattfinden.

Gespräche FDGB — ROH

Die Vorsitzenden der tschechoslowakischen Gewerkschaften und des FDGB, Karel Hoffmann und Herbert Warnke, kamen im Juni in Berlin zu Gesprächen zusammen. Sie erörterten, einer Pressemitteilung zufolge, Erfahrungen der Gewerkschaftsarbeit in beiden Ländern sowie Probleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung, besonders Fragen eines gewerkschaftlichen Beitrages zur europäischen Sicherheit.

Gewerkschafter geehrt

Anläßlich des 26. Jahrestages des Bestehens des FDGB wurden in der DDR 185 verdiente Gewerkschaftsfunktionäre mit der Fritz-Heckert-Medaille geehrt. Diese Medaille ist die höchste gewerkschaftliche Auszeichnung.

U Thant würdigt Ausstellung

Das Büro des Generalsekretärs der UNO, U Thant, hat sich anerkennend über die Weltfotoausstellung „Liebe — Freundschaft — Solidarität“ ausgesprochen, die im Rahmen der vom FDGB organisierten Arbeiterfestspiele in Leipzig gezeigt wurde. In einem Schreiben an Rita Maahs, die diese Ausstellung zusammenstellte, wird darauf hingewiesen, daß die Aussage der Schau und die vom UNO-Generalsekretär vertretene Position in vielem übereinstimmen.

Bremst DGB?

In den Gliederungen des DGB und seiner Gewerkschaften werden zunehmende Protestaktionen gegen den reaktionären Regierungsentwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz bis hin zu einem Sternmarsch nach Bonn und Warnstreiks gefordert. Das ist die eine, die vorherrschende Tendenz in den Gewerkschaften bei der Auseinandersetzung mit der SPD/FDP-Koalition über die BetrVG-Novelle. Diese Forderungen nach Kampfmaßnahmen entsprechen der Aufforderung des DGB-Bundesausschusses vom Dezember 1970, den unzureichenden Bestimmungen des Regierungsentwurfs, die noch hinter geltendes Recht zurückführen, den „erbitterten Widerstand“ entgegenzusetzen.

Eine andere Tendenz macht sich in den letzten Wochen in der Führungsspitze von DGB und Gewerkschaften verstärkt bemerkbar: die „Kröte“ reaktionärer Bestimmungen zu schlucken, um den sozialdemokratischen Ministern, denen aufgrund ihrer an den Kapitalinteressen orientierten Politik der Wind der Unzufriedenheit immer schärfer aus der Arbeiterschaft ins Gesicht bläst, nicht noch mehr Schwierigkeiten zu bereiten.

So erklärte Olaf Radke vom Vorstand der IG Metall kurz vor dem DGB-Satzungskongreß, man dürfe bei aller Kritik am BetrVG-Entwurf nicht die Verbesserungen übersehen. Während des DGB-Kongresses meinte der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Gerd Muhr, im Gespräch mit einem NACHRICHTEN-Vertreter, man müsse nun aufhören, wegen 10 Prozent Unzulänglichkeiten 90 Prozent Verbesserungen zu übersehen. Und Heinz Oskar Vetter erklärte auf der 7. Frauenkonferenz des DGB am 9. Juni, daß er — „bei aller Kritik“ — in einem Teilbereich der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung, zur Zeit „hoffnungsvolle Ansätze auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft“ erblicke.

Das sind neue, bedenkliche Kompromißtöne. Wenn nach den Plänen der Bundesregierung den Gewerkschaften ein eigenes Zugangsrecht zum und ein freies Betätigungsrecht im Betrieb untersagt bleiben, dem Betriebsrat das Recht auf politische Betätigung verwehrt werden und er gleichzeitig zur Friedenspflicht gezwungen und unter Schweigepflicht gestellt werden soll — bei gleichzeitiger Ausweitung der Gruppenrechte und des Personenkreises, der nicht vom Betriebsrat vertreten werden darf —, so sind das allein schon derart gravierende reaktionäre Bestimmungen, daß sie von den Gewerkschaften niemals hingenommen werden können. Das Gebot der Stunde und der Vernunft kann darum nur lauten, soviel Druck von unten zu erzeugen, daß die Bundesregierung gezwungen ist, Arbeiterinteressen den Monopolinteressen vorzuziehen. Sb.

„Die Probe auf's Exempel“

**Gewerkschafter fordern Protestmarsch gegen BetrVG-Entwurf
Aber der Gewerkschaftsredakteur Stotz greift zur Demagogie**

Unter der Überschrift „Probe auf's Exempel“ hat der Chefredakteur des Zentralorgans der IG Druck und Papier, Eugen Stotz, sich jüngst mit der Frage befaßt, wie es dem Wähler möglich sei, über den Wahltag hinaus Einfluß auf die Abgeordneten des Bonner Bundestages zu nehmen. Konkret geht es dabei um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, um jenen Regierungsentwurf, der in seinem reaktionären Gehalt für die Gewerkschaften unannehmbar ist.

Eugen Stotz empfiehlt den Mitgliedern der Gewerkschaft, sich einzeln oder in Gruppen mit Briefen und Entschlüssen an den Gesetzgeber zu wenden. Dies sei eine „Probe für die parlamentarische Demokratie, die Probe darauf, ob Wähler auch in den Zeiten zwischen den Wahlen was zu sagen haben und mit vernünftigen Argumenten an politischen Entscheidungen teilhaben können“.

Gegen diese Anregung wäre nichts einzuwenden, wenn sie nicht dazu diene, dem einzelnen die Verantwortung aufzubürden und die Organisation im gleichen Atemzuge aus der Verantwortung zu entlassen. Stotz äußert allen Ernstes die Ansicht, daß in Bonn die „Meinungsbekundungen von Organisationen“ jederzeit beiseitegeschoben werden könnten, Meinungsäußerungen von Wählern jedoch Resonanz hätten.

Stotz spielt die Einzelaktivitäten gegen die notwendigen Aktionen der im DGB zusammengefaßten Gewerkschaften aus. So wendet er sich denn auch gegen einen Marsch auf Bonn, wie ihn der letzte Landesbezirkstag der IG Druck und Papier Nordrhein-Westfalen in Hagen einstimmig vorgeschlagen hat. Der Gewerkschaftsredakteur schreibt dazu: „Wenn es nicht gelingt, die erforderliche Mehrheit (im Bundestag) mit Argumenten und in Gesprächen zu überzeugen, dann wird auch eine Demonstration nicht helfen. Sie wird eher schaden.“

Um diesen seltsamen Gedankengang an den Mann zu bringen, holt Stotz den roten Buhmann aus der untersten Kiste des Antikommunismus. Der Vorschlag eines Sternmarsches auf Bonn, um den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verschaffen, werde auch — man höre und erschreke — von der DKP propagiert. Deshalb, so schreibt Stotz, sei der Gedanke in den Gewerkschaften „heftig umstritten“.

Hier werden Desorientierung und Infamie wirklich auf die Spitze getrieben. Darauf muß mit aller Deutlichkeit geantwortet werden:

1. darf festgehalten werden, daß sich auf dem Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen, wo die Idee eines Marsches

auf Bonn geboren wurde, diesmal nicht ein einziger kommunistischer Delegierter befand. Es waren ausnahmslos (!) sozialdemokratische und parteilose Gewerkschafter, die den Beschluß nach einer lebhaften Diskussion einstimmig faßten.

2. ist es ein höchst fragwürdiges und gewerkschaftspolitisch gefährliches Unterfangen, eine Auffassung deshalb als „umstritten“ zu erklären, weil sie auch von Kommunisten geteilt wird. Die Kommunisten sind bekanntlich für die qualifizierte Mitbestimmung; sie treten für höhere Löhne ein; sie sind für die Sicherung der Arbeitsplätze; sie fordern die Abrüstung; sie waren und sind für gewerkschaftliche Ostkontakte usw. usf. Sind das alles deshalb „umstrittene“ Forderungen? Muß der Streit nicht vielmehr mit denen geführt werden, die aus reaktionärer Sicht dagegen auftreten?

3. ist es total unverständlich, wie es sich ein Gewerkschaftsredakteur erlauben kann, die Meinungsbekundungen von Organisationen derart abfällig zu behandeln und so zu tun, als ob man in Bonn mehr Respekt vor der Meinung des einzelnen hätte. Mit diesem lächerlichen und tausendfach widerlegten „Argument“ werden die Gewerkschaften gewissermaßen für überflüssig erklärt; denn wozu brauchte man eine Organisation, wenn der einzelne mehr erreichen kann? Dieser Teil des Stotz-Artikels ist ganz objektiv gewerkschaftsfeindlich.

In der gleichen Woche, in der dieser Artikel erschien, hatte die IG Druck und Papier in Köln die Bundestagsabgeordneten Hans Urbanik (SPD), Thomas Ruf (CDU) und Hans Heinrich Schmidt (FDP) zu einem Forums-gespräch über das Betriebsverfassungsgesetz eingeladen. Einen Tag vor dem Gespräch ließen die Abgeordneten wissen, daß sie an diesem 16. Juni im Parlament präsent sein müßten und nicht nach Köln kommen könnten. Nimmt man ihnen die Entschuldigung ab, so bleibt es doch völlig unentschuldig, daß die drei Abgeordneten es nicht für nötig erachteten, Ersatzleute aus dem Kreis ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Parteivertreter zu entsenden. Wahrlich — das war so eine Probe auf's Exempel. Die Mitglieder der IG

Zahlen soll der kleine Mann...

Eine Steuerreform im Interesse des Großkapitals Durchsichtige Vertuschungsmanöver der Bundesregierung

In ihrer Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 hatte die Bundesregierung großspurig eine große Steuerreform versprochen, die eine größere soziale Gerechtigkeit bringen sollte als das bisherige Steuersystem. Zugleich sollte es einfacher und überschaubarer werden. Wenn man jetzt die „Eckwerte und Grundsätze“ der Bundesregierung, die diese am 11. 6. 1971 verabschiedet hat, des verschleierns unter dem Strich herauskommt, so sieht man rote Zahlen.

Durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 11 auf 12 Prozent würde nicht nur die Inflation weiter angeheizt werden; durch diese ungerechteste aller Steuern, die vor allem die Rentner und Fürsorgeempfänger besonders hart trifft, werden 1974 weitaus mehr als 4 Milliarden DM den arbeitenden Menschen aus der Tasche gezogen.

Der „Arbeitnehmer“-Freibetrag soll zwar von 240 DM auf 480 DM verdoppelt und der Grundfreibetrag von 1680 auf 2040 DM erhöht werden, jedoch wird der Eingangssteuersatz

von 19 auf 20 Prozent erhöht. Wenn durch die höheren Freibeträge die Steuerprogression erst bei einem höheren Einkommen als bisher einsetzt, so darf nicht vergessen werden, daß allein durch den Ausgleich der inflationistischen Preissteigerungsraten die Löhne erheblich steigen müssen, um nur das Reallohniveau von 1971 zu halten. Das bedeutet, daß in Wirklichkeit die effektive steuerliche Belastung der breiten Massen sich erheblich erhöhen wird.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß in den letzten Jahren die Lohnsteuereinkommen weitaus schneller stiegen als die Gewinnsteuern. Die Lohnsteuer stieg 1968 gegenüber dem Vorjahr um 14,3 Prozent, 1969 um 23,2 Prozent und 1970 sogar um 35,7 Prozent. Der Steigerungssatz im 1. Vierteljahr 1971 bewegt sich mit 32,7 Prozent fast auf dem Vorjahresniveau. Im Gegensatz zur Entwicklung der Lohnsteuern sank im Vorjahr die Einkommenssteuer um 5,8 Prozent, die Körperschaftssteuer um 20 Prozent und die Gewerbesteuer um 27,2 Prozent.

Der Anteil der direkten und indirekten Steuern an der Brutto Lohn- und -gehaltssumme stieg von 35,7 Prozent im Jahre 1950 auf 48,1 Prozent im 1970. Die Bundesregierung denkt überhaupt nicht daran, diesen Trend umzukehren und das Großkapital stärker zu belasten. So soll der Spitzensteuersatz für Großverdiener um lächerliche 3 Prozent auf 56 Prozent steigen. Schon daraus ist zu entnehmen, daß der Anteil der steuerlichen Belastung der werktätigen Bevölkerung an der gesamten Steuerlast nicht sinken, sondern weiter steigen wird. Um den Arbeitern und Angestellten Sand in die Augen zu streuen, sollen die Unternehmer eine „Zwangsabgabe“ zum Zwecke einer Vermögensbildung leisten, die nach ersten Verlautbarungen nicht mehr als 4 Milliarden DM, also weniger als 1,5 Prozent der Brutto Lohnsumme betragen würde. Aber selbst das „Handelsblatt“ ist dadurch keineswegs beunruhigt, da das Modell dieser Steuer „noch zweifelhaft“ ist.

Die geplanten neuen Steuergesetze sollen dazu dienen, die breiten Massen steuerlich zu belasten und zugleich die Illusion zu erzeugen, als

ob das Gegenteil beabsichtigt sei. So zeigt sich, daß diese Bundesregierung der SPD/FDP-Koalition wie ihre VorgängerInnen Instrument zur Profit- und Machtssicherung des Großkapitals ist.

Der DGB-Bundesvorstand hat am 18. Mai 1971 Vorschläge zur Steuerreform unterbreitet und sie der Bundesregierung übermittelt „mit der Bitte um Berücksichtigung bei den Kabinettsberatungen“. Im Detail gibt es an einigen Punkten Verbesserungen gegenüber dem Regierungsvorschlag, obwohl diese Vorschläge kein Alternativprogramm darstellen und in ihnen die Interessen der arbeitenden Menschen völlig ungenügend vertreten werden. Das nimmt nicht wunder, wenn dabei, wie der „Metall-Dienst“ (Juni 1971) berichtet, davon ausgegangen wird, daß das Steuersystem die Finanzmasse zur Finanzierung der „inneren Reformen“ bringen müsse. „Dieser Grundsatz gestattet keine wesentliche Entlastung der Masse der Arbeitnehmer.“

Die Forderung nach einer stärkeren Belastung der Großverdiener ist dann nur noch platonisch. So soll der Spitzensteuersatz bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 260 000 DM lediglich 60 Prozent betragen.

Nun ist es unzweifelhaft, daß die Infrastruktur und das Bildungswesen Geld kosten, viel Geld sogar. Wenn der Staat neben den Steuern keine neuen Einnahmequellen erschließt, wie z.B. durch die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Großunternehmen in Gemeineigentum, muß er die Steuern erhöhen. Wer aber soll die höheren Steuerlasten aufbringen? Die Arbeiter oder die Unternehmer?

Wer den Unternehmern nichts nehmen will, der kann den Arbeitern nichts geben, das ist eine alte Weisheit. Wenn aber die Arbeiter steuerlich entlastet werden sollen, dann geht es nicht an, die Unternehmer lediglich mit einem Spitzensatz von 60 Prozent zu belasten, dann sind schon mindestens 80 Prozent notwendig.

Es fällt auch auf, daß der DGB-Bundesvorstand nicht eine Anhebung der Kilometerpauschale auf 50 Pfennig pro Kilometer fordert. Man findet die wachsende Formulierung: „Es muß ein tragbarer Kompromiß zwischen verkehrspolitischen Gesichtspunkten und den Erfordernissen der Steuergerechtigkeit gefunden werden. Keineswegs darf es zu einer einseitigen Belastung der Pkw-fahrenden Arbeitnehmer einerseits kommen, während andererseits auch private Fahrten mit Geschäftswagen steuerlich abgesetzt werden können.“

Es wundert nicht, daß die Bundesregierung diese Vorschläge des DGB mit der linken Hand vom Tisch fegen konnte. Heinz Schäfer

Druck und Papier in Köln zogen daraus die Schlußfolgerung, daß es offenkundig mit Worten, Briefen und papierernen Entschlüssen nicht getan ist, um den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Die Mitgliederversammlung rief zu Aufklärungsaktionen in den Betrieben auf, verbunden mit kurzen Arbeitsniederlegungen. Gleichzeitig erging der Appell an die Arbeiter und Angestellten, den Marsch auf Bonn vorzubereiten. Wie populär der Gedanke inzwischen geworden ist, wurde auch auf einer Landesbezirksjugendkonferenz des DGB in Baden-Württemberg deutlich, wo ebenfalls die Forderung nach einem Sternmarsch erhoben wurde.

Was massive gewerkschaftliche Aktion vermag — daran darf und muß heute erinnert werden —, wurde einst in Schleswig-Holstein beim Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bewiesen. Hätten die Metallarbeiter damals nicht den Kampf gewagt, gäbe es die nachgezogene gesetzliche Regelung wohl heute noch nicht. Der Streik brachte schließlich auch das Parlament auf Trab. Briefe und Entschlüsse a la Stotz hätten das wohl kaum zuwege gebracht.

Dies gilt heute auch für das Betriebsverfassungsgesetz wie für andere soziale und politische Fragen. Dafür gilt es immer wieder eine Probe auf's Exempel zu wagen.

Peter Baumöller

Kapitalexport und Arbeitsmarkt

„Investitionslust“ der Monopole drängt ins Ausland Gefährdung der Arbeitsplätze durch Profitstreben

Die Teilnehmer der letzten „konzertierten Aktion“ von Anfang Juni erklärten, sie wollten „in voller Eigenverantwortung auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken“ mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich an den „Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung“ orientieren. „Konsolidiert“ werden sollen aber offensichtlich die Profitsteigerungen der Monopole. Otto A. Friedrich, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, erklärte hierzu, daß bei weiteren Lohnsteigerungen die „Investitionslust“ der Unternehmer sinken werde.

Wohlgemerkt, Friedrich behauptet nicht, daß etwa die gegenwärtigen Profite der Konzerne nicht ausreichen würden, um die zur Sicherung des Wirtschaftswachstums notwendigen Investitionen durchzuführen. Tatsächlich sind die Nettogewinne 1970 gegenüber 1969 um 10,6 Prozent gestiegen, und Rudolf Henschel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB, wies zu Recht darauf hin, daß die Steigerung je Unternehmer sogar durchschnittlich 12,6 Prozent betragen habe. Aber selbst solche Sätze genügen, um Monopolherren, die in der jüngsten Vergangenheit jährliche Profitsteigerungen von teilweise — insbesondere 1968 und 1969 — über 20 Prozent verbuchen konnten, die „Lust“ an Investitionen zu nehmen.

Allerdings ist die Behauptung von der sinkenden Investitionslust nicht wörtlich zu nehmen. Kapital drängt nun einmal nach Anlage, es soll Profit bringen — andernfalls verliert es seinen Zweck. Aber Kapital will höchste Profite erzielen. Aus diesem Grund sucht es den Anlageplatz, an dem es diese realisieren kann.

Seit Mitte der sechziger Jahre sucht das westdeutsche Monopolkapital zunehmend Anlage außerhalb der Bundesrepublik. Nach Angaben der Bundesbank entwickelten sich die jährlichen Kapitalanlagen des bundesrepublikanischen Monopolkapitals im Ausland wie folgt (in Mrd. DM):

1961 = 5,3	1966 = 4,2
1962 = 3,1	1967 = 11,2
1963 = 2,6	1968 = 16,3
1964 = 5,1	1969 = 27,5
1965 = 2,9	1970 = 10,4

Vergleicht man die erste Hälfte der sechziger Jahre mit der zweiten, so ist unverkennbar, daß der westdeutsche Kapitalexport in eindeutig neue Dimensionen aufgestiegen ist. Gerade in der Zeit der angeblich überhöhten Lohnsteigerungen hat er sich beträchtlich erhöht, womit klar erwiesen ist, daß es den Monopolen keineswegs an Investitionsmitteln mangelt, daß aber ihre „Investitionslust“ im Ausland offensichtlich stärker steigt als die Neigung, im Inland Kapital anzulegen. Jüngste Meldungen über Kapital-export-Vorhaben unterstreichen diese Tendenz mit Nachdruck.

So will die Elektroindustrie ihre Direktinvestitionen im Ausland derartig verstärken, daß die ausländischen Tochtergesellschaften künftig ebensoviel erzeugen wie die inländischen Muttergesellschaften exportieren. Diese Relation liegt bisher bei 35 bis 40 Prozent des Umsatzes. Bei der chemischen Industrie sieht es ähnlich aus. Sie hatte bisher ohnehin schon fast die Hälfte der privaten Auslandsinvestitionen der Industrie bestritten, aber jetzt strebt sie neue Proportionen an. Der Investitionsplan der Bayer AG sieht z.B. vor, in den nächsten fünf Jahren allein für den Erwerb von Beteiligungen im Ausland 2,1 Mrd. DM bereitzustellen.

Schon jetzt bestreiten die Auslands-Tochtergesellschaften der zwölf größten Konzerne der Bundesrepublik etwa einen Anteil von 30 Prozent am gesamten Auslandsumsatz dieser Monopole. Natürlich ist der hauptsächliche Grund für diese Produktionsverlagerungen ins Ausland das dort herrschende niedrigere Lohnniveau. Nicht nur amerikanisches, sondern auch BRD-Kapital fühlt sich selbstverständlich zu Plätzen hingezogen, wo Löhne zu zahlen sind, die ein Drittel, zum Teil sogar nur ein Sechstel derjenigen betragen, die in den Mutterländern der Monopole gezahlt werden.

Aber dies ist nur der eine Aspekt der Angelegenheit. Denn verstärkte Kapitalanlage im Ausland hat ja Rückwirkungen auf die Lohn- und Beschäftigungslage im Inland. Musterbeispiel für diesen Zusammenhang sind die USA: Seit Jahren verzeichnen sie den höchsten Kapitalexport und zugleich die höchste Arbeitslosigkeit. Man kann sich vorstellen, welche Rolle der Neid der westdeutschen Monopole auf die US-amerikanischen in dieser Hinsicht spielt, wenn sie seit einiger Zeit ganz offen die größten Anstrengungen machen, auch ihren Kapitalexport amerikanischen Größenordnungen anzupassen.

Bisher hat der westdeutsche Kapital-export noch nicht solche verheerenden Auswirkungen auf die inländische Beschäftigungslage wie der amerikanische. Aber man sollte keine Illusionen haben angesichts der Tatsache, daß bereits seit geraumer Zeit

die angebliche Notwendigkeit einer „Entspannung des Arbeitsmarktes“ in der Bundesrepublik genauso heftig propagiert wird wie die angebliche Notwendigkeit des Kapitalexports.

Der DGB hat für dieses Jahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 50 000 vorausgesagt, eine Zahl, die durchaus zu gering angesetzt sein kann, angesichts der Tatsache, daß bisher bereits ein Anstieg der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 40 000 zu verzeichnen war. Auch in der gegenwärtigen Größenordnung hat der Kapitalexport hier schon seine Auswirkung, denn er bedeutet ja nicht nur, daß weniger neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch, daß die vorhandenen nicht in dem möglichen Maße modernisiert werden.

Für die Arbeiterklasse besteht damit keinerlei Anlaß, etwas auf das Gerede zu geben, sie dürfte durch ihre Lohnforderungen nicht die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie gefährden. Die Monopole haben die Mittel, um durch Rationalisierungsinvestitionen für eine höhere Effektivität der Produktion zu sorgen. Dies läge im Interesse der Werk-tätigen.

Eine staatliche Politik, die davon ausginge, müßte nicht nur jede Förderung des Kapitalexports unverzüglich einstellen, sondern im Gegenteil, ihn in dem Maße erschweren, wie die Monopole, die Interessen der arbeitenden Menschen mißachtend, die Beschäftigungslage und die lohnpolitische Auseinandersetzung durch verstärkte Kapitalanlage im Ausland zu „entspannen“ suchen. Ohne gewerkschaftlichen Kampf wird es allerdings kaum möglich sein, die Brandt-Regierung zur Verwirklichung ihres eigenen Versprechens im Regierungsprogramm, nämlich die Warenströme auf den Binnenmarkt lenken zu wollen, zu zwingen.

Dr. Tu.

Schweden: Tarifeinigung nach Streikdrohung

Nachdem sich die Lohnverhandlungen für 800 000 Arbeiter und Angestellte in der Privatindustrie Schwedens acht Monate lang hingeschleppt hatten und die Vorbereitungen für einen Streik konkrete Formen annahmen, kam Ende Juni durch Einschaltung der staatlichen Schlichtungskommission eine Übereinkunft zwischen Gewerkschaftsbund und Unternehmerverband zustande. Rückwirkend ab 1. Januar soll die Lohn- und Gehaltssumme für die drei Jahre 1971 bis 1973 um 27,9 Prozent steigen. Gleichzeitig kündigte die Regierung auf Druck der Unternehmer die weitgehende Aufhebung des Preisstopps an, damit die Lohnsteigerungen über Preiserhöhungen wieder absorbiert werden können.

Europatümelei IBFG-Wirtschaftskonferenz

Mit dem Luxemburger Grundsatzbeschluß der EWG vom 23. Juni 1971, England als 7. Land in die Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen, hat der Exklusivklub des westeuropäischen Großkapitals die Weichen auf Zuwachs gestellt: Zuwachs an Mitgliedern (Irland, Norwegen und Dänemark werden evtl. folgen), aber vor allem auch Zuwachs an Monopolen, Absatzmärkten und politischer Macht des europäischen Industrie- und Bankkapitals.

Wenn im Zusammenhang mit der Luxemburger Einigung die Politiker in den EWG-Ländern und die bürgerliche Presse von einem „Ereignis von historischer Bedeutung“ sprachen, das die Völker der beteiligten Länder wieder einen Schritt näher zu „Europa“ bringen werde, so werden damit lediglich die wahren Sachverhalte verschleiern. Der britische Unterhändler Rippon meinte sogar, alle europäischen Völker könnten mit der Erweiterung der EWG auf größere Stabilität, größeren Fortschritt und mehr Wohlstand rechnen.

Nun sind es aber gerade die britischen Gewerkschaften, die in jüngster Zeit eine zunehmend kritische Haltung zum EWG-Klub eingenommen haben. Sie erwarten nämlich aus guten Gründen als Folgen des britischen EWG-Beitritts einen sprunghaften Anstieg des gesamten Preisniveaus in Großbritannien, womit die Erfolge des Kampfes der britischen Gewerkschaften von mehreren Jahren mit einem Schlag zunichte gemacht würden. Auch in der Bundesrepublik hat die Zugehörigkeit zur EWG durch Einführung von Marktordnungen, Zollabschöpfungen, der Mehrwertsteuer, gezielte Vernichtung billiger Agrarprodukte, eines Systems von Mindestpreisen usw. immer wieder zu zusätzlichen Steigerungen der Lebenshaltung für die Bevölkerung geführt.

Die kritiklose, schwärmerische Europatümelei, die häufig auch von DGB-Funktionären mitgemacht wird, hat nicht die geringste Berechtigung. Das EWG-„Europa“ hat nichts mit der Schaffung eines größeren Staatenbundes für Sicherung und Stärkung des Friedens und gesellschaftlichen Fortschritts oder mit Überwindung von Nationalismus zu tun. Die Millionen Menschen im EWG-Bereich sind nach wie vor nichts weiter als die unverzichtbaren Arbeitskräfte, die das westeuropäische Monopolkapital bei der Jagd nach Maximalprofiten auf immer größeren Märkten als Produzenten und Verbraucher benötigt. Für Europaromantik ist da kein Platz. Im Gegenteil: In den Beitrittsverhandlungen ging es um nackte Markt- und Finanzinteressen — um Ex- und Importrechte, um Beitragsleistungen, Fischereirechte und den Absatz von Butter und Käse.

G. S.

Unternehmerargumente von Gewerkschaftsvertretern Profitstreben und Militarisation ausgeklammert

Der „Internationale Bund Freier Gewerkschaften“ (IBFG) hatte für den 24. bis 26. Juni 1971 nach Genf zu einer „Weltwirtschaftskonferenz“ eingeladen. Die anwesenden Vertreter aus 44 Ländern und Abgesandten von internationalen Organisationen, wie dem Internationalen Arbeitsamt und der Sozialistischen Internationale, beschäftigten sich mit den Themen: „Inflation und Arbeitsmarkt“, „Multinationale Gesellschaften“ und „Gewerkschaftliche Ziele in der zweiten Entwicklungsdekade der UNO“. Diese Konferenz entsprach in wesentlichen Punkten weder den Interessen der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten noch der werktätigen Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

In Referaten, Diskussionen und den angenommenen Empfehlungen kam mehr oder weniger stark die Tendenz zum Ausdruck, das bestehende staatsmonopolistische Herrschaftssystem effektiver zu machen und von den bestehenden Auswüchsen zu heilen bzw. den Völkern der dritten Welt eine prokapitalistische Entwicklung zu empfehlen. Es war an sich schon eine Anmaßung, von einer „Weltwirtschaftskonferenz“ zu sprechen.

Der Weltgewerkschaftsbund (WGB), dem 140 Millionen Mitglieder angehören — gegenüber 57 Millionen im IBFG — war auf der Konferenz überhaupt nicht vertreten. Ferner bemühten sich die Redner, ein Bild von der Weltwirtschaft zu malen, worin der größte Teil der Welt, nämlich die sozialistischen Staaten und die Entwicklungsländer, die einen nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen haben, überhaupt nicht existieren. Offensichtlich hatte sich eine Regie hinter den Kulissen darauf geeinigt, den real existierenden Sozialismus, der heute auch immer stärker die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst und mehr als ein Drittel der Weltindustrieproduktion auf sich vereinigt, einfach zu ignorieren.

So war die Genfer Tagung bestenfalls eine Wirtschaftskonferenz der kapitalistischen Welt, auf der sich die Führer der antikommunistisch eingestellten Gewerkschaften bemühten, das spätkapitalistische Herrschaftssystem von seinen Widersprüchen und Gebrechen zu heilen, was allerdings angesichts der objektiven Entwicklungsprozesse mißlang.

Die Orientierung auf eine Stabilisierung der Profitwirtschaft kam insbesondere bei der Behandlung des ersten Themas „Inflation und Arbeitsmarkt“ zum Ausdruck. Das einführende Referat von Clas-Erik Odhner, Leiter der Forschungsarbeiten der schwedischen Gewerkschaften, hätte ebenso auf einer Unternehmertagung gehalten werden können und hätte in wesentlichen Passagen selbst auf dem Wirtschaftstag der CDU Anklang gefunden. Als Ursachen für die Inflation

sind nach der Meinung Odhners die „überhöhte Nachfrage“ und die „steigenden Kosten“ ausschlaggebend. Dafür seien wiederum die Ursachen „eine verantwortungslose opportunistische Wirtschaftspolitik der Regierungen und von den Gewerkschaften erpreßte überhöhte Lohnsteigerungen“.

Natürlich führte er auch noch einige andere Gründe an, wie z. B. die Preispolitik der Monopole und supranationalen Gesellschaft; aber das sagt auch die kapitalistische „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD), deren Thesen auch Odhner für den IBFG als im wesentlichen richtig hinstellte.

In der Diskussion stieß das Unternehmerargument, daß überhöhte Löhne eine wesentliche Ursache für Preissteigerungen wären, auf Kritik. Auch die DGB-Vertreter Heinz Kluncker, OTV-Vorsitzender, und Werner Glastetter vom WWI, widersprachen dem Märchen von der Lohn-Preis-Spirale und wandten sich gegen die Empfehlung, die Lohnentwicklung an die Produktivitätssteigerung zu koppeln.

Immerhin mußte unter dem Eindruck dieser Kritik die angenommene Erklärung zu dem Tagesordnungspunkt „Inflation und Arbeitsmarkt“ verändert werden. In dem Dokument heißt es jetzt, daß überhöhte Nachfrage und Lohnsteigerungen nicht zu den Ursachen der Preisentwicklung gehören. Profitstreben der großen Konzerne als die eigentliche Ursache für Preissteigerungen und wachsende Arbeitslosigkeit blieb unerwähnt. Ebenfalls ignoriert wurde der negative Einfluß der wahnwitzigen Rüstung, die immer größere Teile des Volkseinkommens verschlingt, auf den ständigen Inflationstrend in der kapitalistischen Welt. Während der ganzen Konferenz sind die Worte Rüstung und Militarisation mit keiner einzigen Silbe auch nur erwähnt worden.

Über die weiteren Themen der Konferenz und das Referat Otto Brenners werden NACHRICHTEN in der nächsten Ausgabe berichten.

W. Petschick

Noch eine Anti-DGB-Attacke

Wilfried Scharnagl: Das Groschenimperium. Gewerkschaften als Unternehmer, München 1970, Ehrenwirth-Verlag, 319 S.

Scharnagls „Groschenimperium“ setzt die Reihe der Bücher, Broschüren und Artikel fort, die seit Jahren die „gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen“ der DGB-Gewerkschaften attackieren. Weder die Substanz seiner Behauptungen und Darstellungen, noch der allgemeine Tenor seines Pamphlets sind neu. Die Wirksamkeit des Buches liegt im Zeitpunkt seines Erscheinens.

Ein Buch über die Unternehmen der DGB-Gewerkschaften, das nach dem 8. DGB-Kongreß geschrieben wurde und wenige Monate vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß Mai 1971 erschien, hat eine spezifische politisch-ideologische Zielrichtung, zumal der außerordentliche Gewerkschaftskongreß eine Satzungsreform debattierte. Die sozialdemokratische Führung und damit auch die DGB-Spitze sollen gedrängt werden, den demokratischen und antimonopolistischen Bestrebungen in den eigenen Reihen immer wieder kategorisch entgegenzutreten. Leider haben auch maßgebliche Gewerkschaftsführer diesem Druck nachgegeben.

Jedoch handelt es sich bei Scharnagl um eine noch weitere Zielstellung. Das demokratische Gemeineigentum soll nicht nur als unvereinbar mit der „freiheitlichen Ordnung“, nicht nur im Gegensatz zum Willen der „Mehrheit der Bevölkerung“, sondern auch im angeblichen Gegensatz zur „Mehrheit der Arbeitnehmer“, ja sogar der „Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer“ hingestellt werden. Scharnagls „Groschenimperium“ ist kein Sachbuch. Auf diesem Gebiet ist in der Bundesrepublik schon Besseres und Informativeres erschienen. Dennoch ist es für den an der Gewerkschaftsbewegung interessierten Leser nicht ohne Bedeutung. Die von Scharnagl (Redakteur des „Bayernkurier“) vorgenommene journalistische Aufbereitung der Fakten sagt zwar weniger aus über die „Gewerkschaften als Unternehmer“, dafür um so mehr über ihn und die hinter ihm stehenden Kräfte. Die ideologische Absicht Scharnagls wird deutlich, wenn man weniger die Fakten, deren er sich bedient, als die Art betrachtet, wie Scharnagl diese Fakten behandelt.

Er lobt die Initiative, mit der die Gewerkschaften an den Aufbau ihrer Einrichtungen gegangen sind. Die wirtschaftlichen Erfolge, die die Fakten ohnehin ausweisen, werden hervorgehoben. Aber Scharnagl benutzt diese Initiative und die wirtschaftlichen Erfolge der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, um zu „beweisen“,

daß die kapitalistische die beste aller Welten ist und diese Initiative eine kapitalistische Initiative sei. Unter diesem Blickwinkel betrachtet er sowohl die finanzielle Ausgangsbasis der Gewerkschaftsunternehmen („Fragen nach der Startsumme“, S. 20/23), als auch deren Leitung („Gewerkschaftsunternehmen mit modernem Management“, S. 105/106 sowie deren Geschäftsgebaren („Die Frage nach dem Lohn“).

Scharnagl meint daraus schließen zu dürfen, daß die Gewerkschaftsbetriebe sich genauso verhalten, „wie dies die geschmälerte kapitalistische Konkurrenz nicht anders tut.“ (S. 101) Und damit kommt er zu seinem Kredo: „Wäre nämlich die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wirklich für die Arbeitnehmerschaft unerträglich und unzumutbar, so könnten es ja die Gewerkschaften nicht verantwor-

Das aktuelle Buch

ten, an den Verfahrensweisen dieses Systems munter und ohne sonderliche Hemmungen einfach teilzuhaben.“ Der von Scharnagl geschaffene Betrachtungsrahmen wird nun von Kapitel zu Kapitel fortgeführt. Besonders die Behauptung, die Gewerkschaftsmitglieder würden unsicher angesichts der Problematik, daß Gewerkschaftsfunktionäre „Diener zweier Herren, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem“ (S. 111) seien, wird von ihm hochgespielt. Aufgebauscht wird die Macht und der Einfluß der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, ob er die Konsumgenossenschaften (Kapitel 6), die Wohnungsbau-genossenschaft „Neue Heimat“ und die Bauhütten (Kapitel 8), die Gewerkschaftspublikationen (Kapitel 9 und 10) oder die sogenannte Vermögensbildung behandelt. Mit Vokabeln wie „Machtblock“ (S. 184), „Die übersehene Konzentration“ (S. 235) versucht Scharnagl den Einfluß der Gewerkschaften in der Wirtschaft und der Meinungsbildung überbewertet darzustellen.

Diese das ganze Buch durchziehende bewußte Überhöhung ermöglicht ihm im Schlußkapitel (12. „Zu beiden Seiten des Zauns“, S. 286/304) massiv gegen die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung vorzugehen.

Nicht unmaßgebliche Gewerkschaftsvertreter kommen mit ihren Auffassungen Scharnagls Argumentation entgegen. So wird vor allem Walter Hesselbach, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft (BIG), für Scharnagl zum Kromzeugen gegen das demokratische Gemeineigentum und für die Funktionstüchtigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft. Scharnagl baut geschickt Hesselbach als „Chelideologen“ der Gemeinwirtschaft (S. 11) und als „Gemeinwirtschaftsdefinierer“ (S. 81) auf.

„Hesselbach weiß“, so schreibt Scharnagl, „... daß mit überholten klassenkämpferischen Rezepten weder den Anforderung einer modernen Wirtschaft Rechnung getragen noch einer übergeordneten Gesamtheit damit, wie immer propagiert, gedient werden kann.“ (S. 78) Er legt Hesselbach eindeutig auf die „in der Bundesrepublik bestehende Wirtschaftsordnung“ (S. 89) fest. Und es kann nicht wundern, wenn Scharnagl sofort den antigerkschaftlichen und antidemokratischen Schluß zieht: „Hesselbachs Einstellung zur Marktwirtschaft bedeutet zudem, wenn auch nicht expressis verbis, die eindeutige Absage an traditionelle sozialistische Wirtschaftsvorstellungen.“ (S. 89) Alles andere, was dann von Hesselbach oder ähnlicher integrationistischer Seite in den Gewerkschaften an gelegentlicher Kritik an den monopolkapitalistischen Praktiken geäußert wird, wischt Scharnagl als „Pflichtübung an die Adresse strammer Gewerkschafts-Ideologen“ vom Tisch (S. 89).

„Das engagierte kollektive Denken“ (S. 272), jeder Ansatz von Kollektivgenium im Bewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiterklasse wird von Scharnagl offenbar gefährdet. Nicht zuletzt deshalb seine immer wiederkehrende Abwertung aller solidarischen Traditionen, aus denen heraus auch die gewerkschaftlichen Unternehmungen entstanden. Denn natürlich, wenn das Selbstverständnis dieser Betriebe und Einrichtungen bei kapitalistisch betriebenen und von verbürgerlichten Gewerkschaftsmanagern geleiteten Unternehmen enden würde, wären Ziel und Zweck im Sinne der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verfehlt.

Es ist jedenfalls eine Tatsache, daß Integrationsbereitschaft und Dämpfung gewerkschaftlicher Forderungen und Kämpfe durch bestimmte Gewerkschaftsführer in keiner Weise die Angriffe der extremen Reaktion auf den DGB verhindern. Im Gegenteil. Diese Kräfte erhöhen noch ihren Druck und die Absichten zur Schwächung der Gewerkschaften. Bücher wie die von Scharnagl müssen für die Gewerkschaften eine Warnung sein. Zugeständnisse an das System und Stillhalten fördern immer die Reaktion und erhöhen die Gefahren für die Arbeiterklasse. S.O.

- 19. und 20. September
Protestaktion der Betriebsjugend-
vertreter gegen den BetrVG-
Entwurf der Bundesregierung in
Bonn (auf Beschluß des Bundes-
jugendausschusses des DGB).
- 26. September bis 2. Oktober
10. Gewerkschaftstag der IG Me-
tall in Wiesbaden.
- 30. September und 1. Oktober
Außerordentlicher Gewerkschafts-
kongreß der IG Bergbau und
Energie in Oberhausen.
- 3. bis 9. Oktober
10. Kongreß der Deutschen Post-
gewerkschaft in Wiesbaden.
- 4. bis 8. Oktober
11. Gewerkschaftstag der Gewerk-
schaft Textil-Bekleidung in Dort-
mund.
- 10. bis 13. Oktober
9. Gewerkschaftstag der Gewerk-
schaft Gartenbau, Land- und
Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- 24. bis 30. Oktober
9. Gewerkschaftstag der IG Druck
und Papier in Nürnberg.
- 11. und 12. November
8. Deutscher Beamtentag des DGB
in Bonn.
- 18. und 19. November
8. Bundesjugendkonferenz des
DGB in Dortmund.
- 25. bis 28. November
Parteitag der Deutschen Kommuni-
stischen Partei in Düsseldorf.
- 11. bis 14. April 1972
4. Internationale Automationsta-
gung der IG Metall in Oberhau-
sen.

„EWG — Monopole — gewerkschaftliche Gegenmacht“

Mit diesem Titel ist in der NACH-
RICHTEN-Verlags-Gesellschaft An-
fang Juli ein Taschenbuch herausge-
kommen, das die Aufmerksamkeit al-
ler politisch und gewerkschaftlich Tä-
tigen finden sollte. Das Buch ist 116
Seiten stark, kostet 4,50 DM und kann
bei der NVG, Frankfurt 60, Fried-
berger Landstr. 307, bestellt werden.

Die negativen Auswirkungen der Pro-
fitpolitik multinationaler Konzerne
und Monopole auf die politische und
ökonomische Lage der Arbeiterschaft
in den kapitalistischen Ländern rük-
ken die Fragen immer stärker in den
Vordergrund, wie der internationalen
Macht der Konzerne eine wirksame
gewerkschaftliche Gegenmacht entge-
gengesetzt werden kann. Den Gewerk-
schaften besonders in den EWG-Län-
dern sind aus dieser internationalen

Unfallversicherung ausbauen

Seit dem ersten April sind die Schüler
und Studenten der Bundesrepublik in
den Schutz der gesetzlichen Unfall-
versicherung einbezogen. Die damit
erfolgte Gleichstellung der Schüler
und Studenten mit den Arbeitern und
Angestellten in einem Versicherungs-
fall ist als sozialer Fortschritt zwei-
fellos zu begrüßen. Man darf jedoch
nicht übersehen, daß die Einbezie-
hung der Schüler und Studenten in
die gesetzliche Unfallversicherung er-
hebliche Kosten verursacht, die nicht,
wie andere Aufwendungen in der Un-
fallversicherung, die Unternehmer,
sondern die Allgemeinheit und damit
die Masse der werktätigen Steuer-
zahler selbst belasten.

Damit soll der Tatbestand, daß nun-
mehr die 10 Millionen Kinder und
Jugendlichen, die Kindergärten,
Grundschulen, Hochschulen und Uni-
versitäten besuchen, den Schutz der
gesetzlichen Unfallversicherung ge-
nießen, nicht abgewertet werden. Doch
ist damit nur ein Schritt in Richtung
Ausweitung und Verbesserung der
Unfallversicherung getan. Die Ge-
werkschaften fordern weitere, ebenso
notwendige Maßnahmen.

So wurde schon in der Sozialenquete
die Einbeziehung der Hausfrauen in
die gesetzliche Unfallversicherung an-
geregt. Der moderne, technisierte und

elektrifizierte Haushalt ist stark un-
fallintensiv. Unerträglich ist auch,
daß arbeitslose Arbeiter und Ange-
stellte auf dem Wege von und zum
Arbeitsamt oder bei der Bewerbung
um einen Arbeitsplatz bei einem Un-
fall keinen Anspruch auf Leistungen
aus der gesetzlichen Unfallversiche-
rung haben.

Unerfüllt sind auch die gewerkschaft-
lichen Forderungen auf arbeitsmedi-
zinische Betreuung der Arbeiter und
Angestellten über ein Werkärztege-
setz, Erlaß eines Gesetzes über haupt-
amtliche Sicherheitsbeauftragte, Ver-
besserung des Maschinenschutzgesetz-
es und Erhöhung der Unfallrenten
bei hundertprozentiger Unfallbeschä-
digung von jetzt zwei Drittel auf 75
Prozent des Jahresverdienstes. Bö.

Zu guter Letzt

Der ehemalige DGB-Vorsitzende Lud-
wig Rosenberg hat vom „Rationali-
sierungskuratorium der Deutschen
Wirtschaft“, einer Unternehmerein-
richtung, die Carl-Friedrich-von-Sie-
mens-Plakette verliehen bekommen.
Damit werden Persönlichkeiten aus-
gezeichnet, die sich nach Ansicht der
Unternehmer „besondere Verdienste“
um die Rationalisierung in den Be-
trieben erworben haben.

Der ehemalige DGB-Vorsitzende ge-
nierte sich nicht, diesen Makel an
seinen Rock zu helfen.

*Verflechtung des Finanzkapitals und
der Industriekonzerne grundlegende
Aufgaben erwachsen.*

In den letzten Jahren wuchs die Er-
kenntnis in der westeuropäischen Ge-
werkschafts- und Arbeiterbewegung,
daß sich die Arbeiterschaft, ungeach-
tet der verschiedenen politischen, ge-
werkschaftlichen und konfessionellen
Ausgangspunkte, zu antimonopolisti-
schen Aktionen gegen die Machtkon-
zentration des Großkapitals zusam-
menfinden muß. Das NVG-Taschen-
buch „EWG — Monopole — gewerk-
schaftliche Gegenmacht“ will einen
Beitrag zur Förderung dieser Ent-
wicklung leisten.

Neben einem Kommentar zur EWG-
Politik der Gewerkschaften in Euro-
pa enthält das Buch eine Reihe Do-
kumente, aus denen die kritischen
Standpunkte der verschiedenen Ge-
werkschaftsverbände und Arbeiteror-
ganisationen deutlich werden sowie
auch ihre Forderungen und Vorstel-
lungen zu konkreten Fragen, beson-
ders, was die Mitbestimmung der Ge-
werkschaften in den EWG-Organen
und die Zusammenarbeit zwischen
den europäischen Gewerkschaften be-
trifft.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und So-
zialpolitik erscheinen monatlich in der NACH-
RICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher
Beilage „Informationen zur Wirtschaftsent-
wicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März,
Juni, September, Dezember — nur für Abon-
nenten).

Herausgeber: Josef Ledwonn, Essen; Heinz
Lukrawski, Dinslaken; Heinz Seeger, Fried-
richshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Pelschick, 6 Frankfurt/M. 60, Fried-
berger Landstr. 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/1;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hamackring 39;

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frank-
furt/M. 60, Friedberger Landstr. 307; Telefon:
59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemein-
wirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto:
Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM,
einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabon-
nement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur
mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



**NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main**